Nummer 48. Hannover, 27. November 1909. 18. Jahrg.

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 ℳ Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen die 3gespaltene Kolonel-Zeile 50 ₰ Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. H. Meister & Ko., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluß: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Mänzstraße 5, 3. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Der Weg zur Macht.

III.

Am Schlusse des vorigen Artikels wiesen wir darauf hin, daß die wachsende Macht der Gewerkschaften nicht nur eine relative, sondern auch eine absolute Entwertung der wirtschaftlichen Kampfmittel des Unternehmertums zur Folge hat. Für das schärfste und in seinen Folgen schwerste Kampfmittel, die Aussperrung, trifft das allerdings nur in begrenztem Umfange zu. Aber eine Reihe andrer Umstände sorgen dafür, daß auch dieser Baum im Unternehmergarten nicht in den Himmel wächst.

Daß die Aussperrung ein zweischneidiges Schwert ist, das gar oft die schärfere Schneide gegen den kehrt, der es führt, ist genugsam bekannt. Außenseiter fischen dabei im Trüben, kapitalschwache Unternehmen gehen zugrunde und so weiter. Doch das sind mehr Nebenerscheinungen. Wichtiger ist schon die destruktive Tendenz der Aussperrung selbst. Schon die Frage, ob Voll- oder Teil-Aussperrung führt zu Differenzen. Unternehmer, die mit einer stark organisierten Arbeiterschaft zu rechnen haben, befürworten Voll-, die übrigen Teilaussperrung. Erfolgt dann Vollaussperrung, werden die unorganisierten Arbeiter in die Gewerkschaft getrieben; werden nur die Organisierten ausgesperrt, so liegen die Betriebe mit stark organisierter Arbeiterschaft brach, während andre vielleicht nahezu voll arbeiten. Differenzen im Unternehmerlager sind die Folge. Ausflüsse dieser Differenzen sind die Versuche, Aussperrungssysteme zu erfinden; jedoch hat bisher weder die Aussperrung nach dem Alter, noch nach dem Alphabet Anklang gefunden. Auch die Unterstützung der Unorganisierten ist eine Folge der obengezeichneten Schwierigkeiten.

Aber selbst wenn innerhalb einer Industrie Einigkeit und Einheit erzielt ist, sind die Widerstände noch nicht behoben. Die Zusammenhänge in unserm Wirtschaftsleben sind so eng, die Fäden so vielfach verschlungen, daß der Kampf in der einen die Mitglieder der andern Industrie in Mitleidenschaft zieht. So kann es z. B. der Fertigindustrie nicht gleichgültig sein, wenn die Rohstoffindustrie — man denke an die Kohlenbergwerke — durch allgemeine Aussperrung die Produktion auch in den Nachgewerben hindert, vielleicht gar, um nach Verbrauch der Vorräte eine Preissteigerung vornehmen zu können. Die zahlreichen Interessengegensätze zwischen Rohstoff- und Fertigindustrie werden bei solchen Aussperrungen um einen, und zwar um einen sehr erheblichen vermehrt.

Wie stark aber diese Gegensätze schon heute sind, haben wir im Vorjahr deutlich gesehen, als die im Jahre 1906 gegründete Interessengemeinschaft zwischen dem Bund und dem Zentralverband der Industriellen in die Brüche ging. Der Referent Fabrikbesitzer Friedrichs erklärte auf der Generalversammlung des Bundes am 30. Mai 1908 unter lebhaftem Beifall der Anwesenden: „Diese Vereinigung war ja im Grunde so wenig natürlich, daß es nur wenige Fragen gab, in denen sie wirklich zusammengehen konnte. Der Zentralverband ist eine Vertretung der Rohstoffsyndikate und wir im Bunde vertreten die Interessen der verarbeitenden Industrie, und diese Interessen sind so gegensätzlich, wie sie nur zu denken sind.“

Selbstverständlich finden sich die Unternehmer trotz dieser Gegensätzlichkeit ihrer Interessen zum gemeinsamen Kampfe gegen die Arbeiter zusammen, wenn gemeinsame Interessen in Frage kommen, aber, wie schon gesagt, bei großen Aussperrungen ist oft das Gegenteil der Fall.

Weiter ist zu berücksichtigen, daß für einzelne Industriezweige die Waffe der Aussperrung gar nicht oder doch nur unter ganz unverhältnismäßigen Opfern anwendbar ist. Wo sollte z. B. die Rohzuckerindustrie mit ihren Rüben hin, wenn sie während der Kampagne — und zu andrer Zeit hätte es doch keinen Zweck — aussperren wollte! Auch die chemische Industrie könnte allgemeine Aussperrungen nur unter schwersten Opfern durchführen. Dem tragen übrigens auch die Unternehmerverbände Rechnung. So hat der Arbeitgeberverband für die chemische Industrie von Mannheim u. U. ausdrücklich die Bestimmung im Statut, daß kein Mitglied durch Verbands- oder Vorstandsbeschluß gezwungen werden kann, seinen Betrieb einzustellen oder auch nur zu beschränken. In zahlreichen andern Industrien liegen die Verhältnisse ähnlich. Selbst die Bergwerksherren können nur aussperren, so lange sie sicher sind, wenigstens so viel Arbeiter, wie zur Instandhaltung der Gruben nötig sind, zu behalten; eine wirkliche Vollaussperrung wäre ihr Ruin.

Wir haben gar keinen Anlaß zu bestreiten, daß die Aussperrung für eine starke Unternehmerorganisation eine wirksame Waffe ist, aber wir bestreiten, daß sie die Gewerkschaften auf die Knie zu zwingen vermöchte. Am stählernen Schild einer geschlossen organisierten und gut disziplinierten Arbeiterschaft wird schließlich auch dieses Schwert zersplittern.

* * *

In vorstehenden Ausführungen haben wir einige Einwendungen gegen Kautskys Ueberschätzung der Unternehmerorganisationen geltend gemacht. Es wurde versucht, zu zeigen, daß weder die bisherigen Erfahrungen mit den Unternehmerverbänden, noch die daraus zu ziehenden Schlüsse notwendig oder auch nur wahrscheinlich zu der von Kautsky angenommenen Folgerung führen, solange die Entwicklung der Gewerkschaften fortschreitet. Diese Entwicklung wird aber gehemmt, wenn die Arbeiter das Vertrauen zu ihren Gewerkschaften verlieren. Und das Vertrauen schwindet, wenn die Arbeiter die Ueberzeugung gewinnen, daß die Gewerkschaften von den Unternehmerverbänden eingeklammert, aufgehalten oder gar zurückgedrängt werden. Diese Ueberzeugung sollen aber die Leser aus dem „Weg zur Macht“ gewinnen. Daran ändert die Konzession gar nichts, daß die Gewerkschaften „nicht ganz willenlos“ seien, daß sie „zwar den großen Unternehmerverbänden nichts anhaben“, aber doch durch ihre Kämpfe Staat und Gesellschaft aufrütteln und was dergleichen Rückzugsmanöver mehr sind.

Kautskys „Prognose“ ist aller Voraussicht nach falsch, aber sie könnte eine gewisse Wahrheit erhalten, wenn sie in der Arbeiterschaft geglaubt würde. Begründen wir das kurz mit Kautskys eigener, im „Weg zur Macht“ im vierten Kapitel entwickelten Ansicht über den Willen.

Kautsky schildert sehr gut die Bedeutung des Willens in der ökonomischen Entwicklung, namentlich im Kampfe. Er sagt: „Der Wille als Kampflust wird bestimmt 1. durch den Kampfpreis, der den Kämpfenden winkt; 2. durch ihr Kraftgefühl; 3. durch ihre wirkliche Kraft.“ Indem nun Kautsky als Preis des gewerkschaftlichen Kampfes der Zukunft nicht eine erhebliche Verbesserung der Existenzbedingungen, sondern ein Pendeln um den Beharrungszustand einsetzt, mindert er den Preis des Kampfes und damit den Willen als Kampflust. Durch seine übertriebene Einschätzung der Unternehmerverbände erzeugt er eine Ueberschätzung der Widerstände und damit eine Unterschätzung der eigenen Kraft, also Minderung des Kraftgefühls. Diese Herabminderung des Kampfpreises und des Kraftgefühls würde zur Folge haben eine Schwächung der kämpfenden Vereinigungen, also eine Verminderung der wirklichen Kraft. Kautskys Voraussage ist demnach nichts weniger, als eine „Kraftquelle“, sie ist direkt ein Born der Ohnmacht. Und darin liegt ihre Gefahr.

Nun ist Kautsky ganz gewiß gegen den Vorwurf gesichert, er wolle das Proletariat schwächen, ihm den Willen als Kampflust rauben. Nichts liegt ihm ferner. Aber er ist überzeugt, daß die Arbeiter zuviel in der Gegenwart und zu wenig in der Zukunft leben, daß sie zu viel Energie und Kraft auf Erringung naher Ziele verwenden und dabei das Endziel aus den Augen verlieren; er befürchtet, daß die ewigen Kompromisse des Gewerkschaftskampfes den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit verwischen könnten. Er glaubt, daß von den beiden aufstrebenden Aesten der Arbeiterbewegung der gute dem besseren die Sonne raube und nun möchte er dem gewerkschaftlichen die Triebe stutzen, damit der politische besser gedeihe.

Gegen diese Kraftübertragung wehren wir uns. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Gewerkschaften für eine Stärkung der politischen Partei, die immer und überall ihre Interessen vertritt, wirken, daß sie aber die Partei mit dem eigenen Blute nähren, geht nicht an. Damit wäre am letzten Ende auch der Partei gar nicht gedient.

Unser wirtschaftliches und politisches Leben verlangt einen Kampf nach zwei Fronten. Die Zweiteilung der Arbeiterbewegung Deutschlands ist nicht nur eine Folge der polizeilichen Gesetzgebung, wie Kautsky meint, sondern auch ein Produkt der Zweckmäßigkeit. Die Partei vereinigt Anhänger ihres politischen Programms ohne Rücksicht auf Stand und Beruf, die Gewerkschaft vereinigt umgekehrt Mitglieder eines bestimmten Berufs ohne Rücksicht auf deren politische Ueberzeugung. Dadurch wird auf beiden Seiten die Zahl der Streiter vermehrt und die Stoßkraft der Bewegung verstärkt. Auf dieser Umgrenzung der Aufgaben sowohl als auch der Organisationen beruht nicht zuletzt die Stärke der deutschen Arbeiterbewegung. Nichts wäre verkehrter, als hier die Grenzen verwischen, die Aufgaben vermischen wollen, wie Kautsky das tut, wenn er nicht nur „das Schwergewicht der proletarischen Aktion in die Politik verlegen“, sondern auch den Gewerkschaften „immer mehr politische Aufgaben“ zuweisen will.

Welche Widerstände der politischen Aktion die Arbeiterklasse noch im eigenen Lager zu überwinden hat, sagt Genosse Robert Schmidt sehr treffend in einem Artikel im „Korrespondenzblatt“. Er schreibt:

„Der einheitlichen Aktion der Arbeiterklasse auf politischem Gebiet stehen heute sehr beachtliche Gegenströmungen entgegen. Die christliche Gewerkschaftsbewegung hat sehr erheblich zugenommen, desgleichen jene wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeiter und Angestellten, die uns politisch feindlich gegenüberstehen. Zu der letzteren Gruppe gehört die ganz kräftig entwickelte Bewegung der Kaufleute, Techniker, Werkmeister und Privatangestellten.

Unangenehmer macht sich die Zunahme der gelben Gewerkschaften bemerkbar, die wir nicht unbeachtet lassen dürfen. Zu einer gemeinsamen politischen Aktion bringen wir diese einander widerstrebenden Organisationen nicht, wohl aber haben, mit Ausnahme der Gelben, diese Vereinigungen auf sozialpolitischem und auch bei gewerkschaftlichen Forderungen gewisse Berührungspunkte. Man verfällt deshalb leicht einem Irrtum, aus der sozialen Gliederung der Gesellschaft einen politischen Machtfaktor zu konstruieren. Es ist möglich, daß diese Differenzen in der politischen Erkenntnis der Arbeiterschaft beseitigt werden, vorläufig sind sie noch eine starke Stütze der bürgerlichen Gesellschaft, die nicht zu der Folgerung berechtigt, daß höchstwahrscheinlich bereits in absehbarer Zeit erhebliche Machtverschiebungen zugunsten des Proletariats stattfinden, wenn nicht schon seine Alleinherrschaft in Westeuropa herbeigeführt wird, wie Kautsky es uns darstellt.“

Kautsky sieht alle diese Widerstände nicht, oder unterschätzt sie doch. Auch die Widerstandsfähigkeit des Bürgertums gegen eine gewaltsame Umordnung der Gesellschaft schätzt er gering. Die Regierenden sind zumeist „haltlose Individuen“, die Großkapitalisten sind korrumpiert durch und durch und das Kleinbürgertum „wankt und kracht in allen Fugen“. Wäre diese Anschauung richtig, dann hätte allerdings die gewerkschaftliche Kleinarbeit wenig Zweck, dann wäre es richtiger, zum letzten Spiel zu rüsten. Ein morscher Baum wird nicht untergraben, sondern umgerissen. Und insofern ist Kautsky durchaus konsequent, wenn er mit der syndikalistischen Taktik liebäugelt und den Massenstreik wieder mehr in den Vordergrund rücken will. Aber die bürgerliche Gesellschaft ist eben keine zerfallende Vogelscheuche, sondern ein lebendiger Körper, in dessen Adern noch viel gesundes Blut pulsiert. Dafür liefert der schwedische Massenstreik ein sehr lehrreiches Beispiel. Kautsky besinnt sich auch ab und zu auf die Stärke der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Organisationen, nämlich immer dann, wenn er die Machtlosigkeit der Gewerkschaften dartun will.

Ist aber die bürgerliche Gesellschaft noch lebens- und entwicklungsfähig, so ist es ein wenn nicht müßiges, so doch unsicheres Unterfangen, die mit der Gesellschaft in immerwährender Umbildung begriffenen Grenzen der Gewerkschaftsbewegung zu suchen. Es ist aber nicht nur müßig, sondern direkt gefährlich, wenn voreilige Geburtshelfer immerfort mit der Zange bereit stehen, um der Madame Geschichte eine Frühgeburt zu applizieren. Denn dabei geht in der Regel das Kind zugrunde.

Der Zentralverband der Industriellen als Wahlmacher.

Als im Jahre 1907 die Firma Bülow, Liebert u. Ko. den Wahlfeldzug gegen die „roten und schwarzen Volksfeinde“ aufnahm, stapfte auch der Zentralverband der Industriellen mit in den Kampf. Er forderte seine Mitglieder auf, für jeden beschäftigten Arbeiter eine Mark zu einem Wahlfonds zur Unterstützung der „nationalen“ Parteien beizusteuern. Wieviel zusammen kam und wer es erhalten hat, wurde damals nicht bekannt, heute ist das Mäntelchen, das den Wahlschacher deckte, etwas gelüftet.

Schon vor einigen Wochen wurde berichtet, daß der Zentralverband am 15. Oktober in Berlin eine geheime Sitzung abgehalten habe, in der die Bildung eines industriellen Wahlfonds beschlossen wurde. Der „Vorwärts“ veröffentlicht nunmehr das Protokoll jener geheimen Sitzung. Danach zog der Referent, Generalsekretär Bueck zuerst gegen den Kathedersozialismus zu Felde, der angeblich ganz auf der Seite der Sozialdemokratie steht, ja, diese „an Gehässigkeit und Feindseligkeit gegen die Arbeitgeber“ fast noch übertrifft.

Dann wurde die Haltung der politischen Parteien einer Kritik unterzogen, wobei rückhaltlos eigentlich nur die Reichspartei, die allerdings auch die brutalsten Scharfmacher in ihren Reihen hat, gelobt wurde. Die altkonservative Partei hat angeblich nur dort gegen die Sozialpolitik gearbeitet, wo landwirtschaftliche Arbeiter einbezogen werden sollten. Nachdem Bueck dann noch die Versuche, die Hauptstelle mit dem Verein deutscher Arbeitgeberverbände zu vereinigen, besprochen hat, sagt er von den Gewerkschaften: „Während der Zeit des Niedergangs haben sie sich wohlweislich ruhig verhalten, und die großen beachtenswerten Streiks, die in dieser Zeit stattgefunden haben, sind meistens gegen den Willen der Organisationen von unbotmäßigen Mitgliedern der Gewerkschaften angezettelt worden. Aber, meine Herren, sie haben die Zeit als Vorbereitungszeit für die Kämpfe betrachtet, die sicher einsetzen werden, wenn bessere Zeiten herankommen, Kämpfe, die sie als Entscheidungskämpfe betrachten. Und die Organisationen der Arbeiter haben sich in einer großartigen Weise gerüstet, denn ihnen stehen heute Mittel in Höhe von mehr als 40 Millionen zur Verfügung. Die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände hat es glücklich auf dreiviertel Millionen gebracht.“

Nach dieser Einleitung entwickelte Bueck seinen Vorschlag, oder richtiger, den Vorschlag des Direktoriums des Zentralverbandes. Danach soll ein „sogenannter Julinsturm“ gebildet werden, „aus dem ohne Ansehung der nationalen Partei, der die betreffenden Kandidaten angehören, alle unterstützt werden sollen, von denen anzunehmen ist, daß sie die Interessen der Industrie in wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen im Sinne der Ansichten vertreten, die mit den Bestrebungen und den Beschlüssen des Zentralverbandes nicht im Widerspruch stehen.“ „Wir wollen Konservative, Nationalliberale, Freisinnige unterstützen,

wenn sie sich als Freunde der Industrie betätigen", sagte der Referent ausdrücklich.

Weil aber der Zentralverband als Wahlmacher ein gar zu anrüchiger Freund ist, dessen Protektion den bürgerlichen Parteien ganz und gar nicht zur Ehre gereicht, soll er im Hintergrund bleiben und die Bildung und Verwaltung des Fonds einem aus Delegierten von 15 angeschlossenen Vereinen bestehenden Komitee übertragen werden. Unter den Vereinen, die für den Korruptionsfonds ausersehen sind, befindet sich unser alter Bekannter, der Verein der Papierfabrikanten und der Ausschuß der Ton-, Zement- und Kalkvereine. Die Kommission soll verpflichtet sein, eine Geschäftsstelle zu unterhalten. Dem Geschäftsführer wird die Aufgabe zufallen, sich über die Verhältnisse in den Wahlkreisen zu informieren, Vertrauensmänner in den betreffenden Wahlkreisen anzustellen und seine Vorschläge für das Vorgehen bei den Wahlen dem Komitee zu unterbreiten.

Als Maßstab für den zu leistenden Beitrag soll die Lohnsumme der Unternehmer gelten. Ueber die Verwendung der Beiträge soll nur so weit Rechenschaft abgelegt werden, wie es zweckmäßig erscheint. Es wäre ja auch gar zu blamabel, wenn den linksliberalen Parteien und dem Zentrum nachgewiesen werden könnte, wieviel Judasgeld sie erhalten, um die Arbeiter zu verraten, die ihnen gläubig vertrauend die Stimme geben. Denn daß sie schon 1907 sämtlich Unterstützung erhalten haben, hat Bueck deutlich genug in der geheimen Sitzung ausgeplaudert. Er sagte, nachdem er den Hansabund als ungeeignet zur Fabrikation politischer Wahlen bezeichnet hatte: „Meine Herren, das ist eine Tatsache, die nicht zu bestreiten ist, und wenn bezüglich dieser Tatsache der Hansabund vielleicht den Weg einschlagen könnte, die Kandidaten aller in sich vereinigten Gruppen bei der Wahl zu unterstützen, dann würde er dazu kommen, Gelder gegen die Interessen derer zu verwenden, die sie hergegeben haben. So ist es der Industrie bei den letzten Wahlen ergangen. **Ich habe schon angedeutet, daß die Industrie damals große Fonds für den Wahlzweck zur Verfügung gestellt hat.** Sie wurden verwendet von einem Komitee in der Art, **daß alle bürgerlichen Parteien ihren Anteil erhielten,** der schematisch bemessen wurde nach der Zahl ihrer Vertreter im Reichstage.

In der dem Referat folgenden Debatte nahm zunächst der Vorsitzende Landrat a. D. Rötger-Berlin das Wort, um zu erklären, daß die Verhandlungen, die zwischen ihm und dem Kommerzienrat Menck über den Zusammenschluß der „Hauptstelle" und des „Vereins" deutscher Arbeitgeber gepflogen wurden, zu einer näheren Ausgestaltung der bestehenden Kartellverhältnisse geführt hätten. Kommerzienrat Menck-Altona stellte als Ziel die volle Vereinigung der deutschen Arbeitgeberbünde hin und glaubt das Ziel auch zu erreichen. Er gab dann bekannt, daß Ende Oktober eine Arbeitsnachweis-Konferenz der kartellierten Verbände stattfinden solle. Der Zweck dieser Konferenz erhellt aus folgendem Ausspruch Mencks: „Wir hoffen, daß alle organisierten Arbeitgeber in nicht allzu langer Zeit sich im Besitze eigener Arbeitsnachweise befinden werden." Zu der Verwendung des Wahlfonds sagte er: „Etwa 100 Wahlkreise kommen für unsre Unterstützung in Betracht. Dabei müssen wir jede Einseitigkeit vermeiden, da wir auf die Beihilfe aller Parteien angewiesen sind, auch der Partei des Zentrums, das dürfen wir nicht vergessen. Wir dürfen keine Partei übergehen, wenn wir in den Parlamenten, besonders im Reichstag, eine angemessene Vertretung finden wollen. Trotz alledem wird ja die Sozialdemokratie bei den nächsten Wahlen wohl ihre hundert Mandate bekommen!" (Hoffentlich! D. R.)

Nach Menck sprach der Don Quichotte des Unternehmertums, Herr Alexander Tille-Saarbrücken. Er meinte, daß nicht die Sozialdemokratie, sondern das Beamtentum der gefährlichste Gegner der Unternehmer sei. Auch dem Hansabund traut er nicht. Er kommt dann auf den Tendenzprofessor Ehrenberg, den die Unternehmer gern der Leipziger Universität aufhängen wollten, zu sprechen und schlägt vor, eine eigene Akademie zum Kampf „gegen den ganzen Unsinn des Marxismus" zu gründen. Die Akademie wird nach Tilles Berechnung jährlich eine halbe Million Marklosten, aber „die deutsche Industrie ist zweifellos in der Lage, etwas Derartiges zu machen", erklärte Tille — und der muß es doch wissen.

Geheimer Oberfinanzrat Müller-Berlin verspricht sich von der Bildung einer Arbeitgeberpartei keinen Erfolg; er schlägt vor, im Programm statt „nationalgesinnte Parteien" zu sagen „bürgerliche Parteien". Gegen das Zentrum sei doch kein Kampf möglich. Es sei vielmehr eine sehr gute Verwendung der Mittel, wenn es gelänge, „einem Gesinnungsgenossen des Grafen Ballestrem wieder zu einem Zentrumssitze zu verhelfen gegen einen sozialistisch angehauchten Polacken". Die Bedenken gegen den Hansabund suchte dieser Redner zu zerstreuen; er meinte, man marschiere nur getrennt, werde aber vereint schlagen.

Von Interesse für die Beurteilung des Zentrums ist die folgende Aeußerung des Hüttenbesitzers v. Bopelius über die Wahlen von 1907. Er sagte: „Als der Herr Reichskanzler Fürst Bülow mit mir wegen des Wahlfonds gesprochen hat, welcher damals seitens des Zentralverbandes gesammelt worden ist, gab er ein Programm heraus, welches sich gegen die Sozialdemokraten und das Zentrum richtete, und da sagte ich: Durchlaucht, das kann ich nicht mitmachen; gegen die Sozialdemokratie selbstverständlich, aber gegen das Zentrum geht das nicht." Die Sozialdemokratie wird natürlich gern zur Kenntnis nehmen, daß sie die einzige Partei ist, von der die Unternehmer keine Förderung ihrer Interessen erhoffen.

Nachdem der Berichterstatter Bueck-Berlin in seinem Schlußwort versichert, es sei ihm nicht eingefallen, durch die Wahl des Ausdrucks „nationalgesinnte" Parteien das Zentrum ausschließen oder verletzen zu wollen, er sei mit der Ersetzung dieses anstößigen Ausdrucks durch den Ausdruck „Wahlkandidaten aller bürgerlichen Parteien" einverstanden, wurden die Leitsätze über die „Bildung eines industriellen Wahlfonds" angenommen.

Das Gesechtsfeld klärt sich mehr und mehr. Immer deutlicher wird jetzt, daß die Arbeiter von allen bürgerlichen Parteien verraten und verkauft werden, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die nicht im Solde des Unternehmertums steht. Das werden schließlich auch die Arbeiter erkennen müssen, die heute noch den bürgerlichen Parteien nachlaufen; auch sie werden einsehen, daß es nicht die lügsten Kälber sind, die ihren eigenen Metzger wählen.

Unternehmerorganisationen und ihre Streikentschädigungskassen.

Die Organisationen der Unternehmer sind in den letzten Jahren erheblich ausgebaut worden. Nicht nur die Tatsache, daß sie an Mitgliedern gewonnen haben, gibt ihnen gegen früher eine größere Bedeutung, sondern daß sie ihre Einnahmen erhöht und damit ihre Leistungen gesteigert haben, hat ihren wirtschaftlichen Einfluß gestärkt und befestigt. Eine genaue Uebersicht über die Stärke der Unternehmerverbände ist allerdings nicht zu gewinnen. Das Reichsstatistische Amt hat an alle offiziell bekannten Unternehmerverbände am 1. Januar 1909 Fragebogen verschickt und um deren Ausfüllung gebeten. Nicht alle haben geantwortet; ein Teil hat eine Beantwortung der Fragen ausdrücklich abgelehnt, weil sie angeblich nur einem Zweck dienen, die Verkaufspreise ihrer Erzeugnisse zu regeln. Trotzdem sind 2592 Unternehmervereinigungen mit 159 495 Mitgliedern, die 3 647 147 Arbeiter beschäftigen, von der Umfrage erfaßt worden. Tarifgemeinschaften dürften in diesen Ziffern nicht enthalten sein, weil nur die Mitglieder und Arbeiter der selbständigen Verbände unter Ausschluß der Zentralen aufgenommen worden sind. Wo ein Unternehmer verschiedenen Berufsvereinigungen angehört, wird er allerdings doppelt gezählt sein, was aber die Statistik nicht beeinflußt, denn er erscheint für jede Berufsabteilung als selbständiger Arbeitgeber. Von den durch die Statistik erfaßten Arbeitern waren 66,9 Prozent bei Unternehmern, die den beiden Zentralen, Verein deutscher Arbeitgeberverbände und Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände, angehören, beschäftigt. Die Zahl dieser Unternehmer betrug aber nur 24,2 Prozent der organisierten Unternehmer überhaupt. Daraus geht hervor, daß die Zentralverbände die größeren Betriebe umfassen. Aber auch zwischen diesen besteht noch ein erheblicher Unterschied in der Größe der Betriebe. Beim Verein deutscher Arbeitgeberverbände kommen auf ein Mitglied 45,2 und bei der Hauptstelle der deutschen Arbeitgeberverbände 160,8 Arbeiter, woraus sich ergibt, daß in letzterem Verband die Großindustrie am stärksten vertreten ist. Von den den Zentralen nicht angeschlossenen Arbeitgeberverbänden sind die größten der Mitgliederzahl nach gerechnet: der Deutsche Fleischerverband, der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe und der Hauptverband deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe. Nach der Arbeiterzahl steht der baugewerbliche Verband mit 250 000 an erster Stelle, ihm folgt der Verein deutscher Tapisseriewarenfabrikanten in Berlin mit 50 000, der Verband deutscher Steinmetzgeschäfte in Berlin mit 40 000 Arbeitern. Von den an andere Verbände angeschlossenen Vereinen ist der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller, Berlin, mit 2800 Mitgliedern, die 510 000 Arbeiter beschäftigen, der größte.

Von besonderer Wichtigkeit ist die Stellung der Unternehmerverbände zu den Streiks und den Aussperrungen. Der Verein deutscher Arbeitgeberverbände versichert seine Mitglieder nicht selber gegen Streiks, sondern seine Mitglieder bilden nebenher eine selbständige Entschädigungsgesellschaft, die gegebenenfalls Unterstützungen zu leisten hat. Die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände hat dagegen die Streikunterstützung straffer geregelt und verfolgt den Grundsatz, daß die Arbeitgeberverbände selber die Träger der Streikversicherung sein sollen. Die gezahlten Beiträge und Eintrittsgelder, sowie die geleisteten Unterstützungen sind sehr verschieden. Die Gesellschaft des Vereins zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen erhebt an Beiträgen ½ pro Mille — das sind 50 Pf. von 1000 Mk. — der Jahreslohnsumme und vergütet bei Streiks 12½ Prozent des durchschnittlichen Tagesverdienstes für jeden ausfallenden Arbeitstag. Bei Aussperrungen sinkt die Unterstützungsziffer je nach der Zahl der ausgesperrten Arbeiter von 12½ bis auf 2½ Prozent des durchschnittlichen Tagesverdienstes. Die Aussperrung hat, wie man sieht, für die Unternehmer und ihre Unterstützungskasse ebensogut eine schwere Belastung zur Folge, wie für die Kasse der Arbeiter. Die Waffe der Aussperrung ist zweischneidig; sie leert nicht nur die Kassen der Arbeiter, sondern auch die der Unternehmer.

Der Schutzverband gegen Streikschäden, Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände, Berlin, erhebt ¼ Prozent — 25 Pf. pro 1000 Mark — Eintrittsgeld und desgleichen ¼ Prozent Beiträge von der gezahlten Jahressumme; die Unterstützung beträgt bei Streiks 10 Prozent der auf die feiernden Arbeiter entfallenden Lohnsumme. Die Streikentschädigungskasse des Allgemeinen deutschen Arbeitgeberverbandes für das Schneidergewerbe, München, erhebt für jeden Arbeiter 20 und für jede Arbeiterin 10 Pf. Eintrittsgeld und an Beiträgen 5 und 3 Pf. pro Woche und Arbeiter bezw. Arbeiterin. An Unterstützung zahlt die Kasse für jeden streikenden Arbeiter 1,20 Mark und für jede Arbeiterin 50 Pf. pro Arbeitstag. Die Gesellschaft des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller erhebt ein viertel Prozent Eintrittsgeld und drei Prozent Beiträge; an Unterstützung zahlt sie je nach der Größe des Betriebes 25—50 Prozent des durchschnittlichen Tagesverdienstes für jeden ausgefallenen Arbeitstag. Bei Aussperrungen sinkt auch hier die Unterstützung bis auf 5 Prozent herunter. — Der Zechenverband Essen setzt die Höhe des Eintrittsgeldes von Fall zu Fall fest und erhebt an Beiträgen eine Mark für jeden im Vorjahre durchschnittlich beschäftigten Arbeiter. Die Unterstützung beträgt für jeden ausständigen Arbeiter und pro Tag gleichfalls 1 Mk. Erheblich höher sind die Beiträge bei dem Allgemeinen deutschen Schutzverband für das Bäckergewerbe, Berlin. Der Beitrag stellt sich dort bei einem oder zwei Gesellen auf 5,40 Mark und steigt bei jedem weiteren Gesellen um weitere 1,20 Mark pro Jahr, während die Unterstützung auch nicht höher ist als beim Zechenverband. Der Großbetrieb stellt sich anscheinend auch bei der Streikversicherung billiger als der Kleinbetrieb. Daß bei größeren Streiks oder Aussperrungen die Streikversicherungskassen mit den niedrigen Beiträgen in kurzer Zeit gesprengt wären, bedarf keiner näheren Darlegung. Das sieht auch der Zechenverband ein, denn er bestimmt durch Statut, daß die Hauptversammlung nötigenfalls die Verdoppelung der Beiträge beschließen kann.

Die Unterstützung bei Streiks und zumeist auch bei Aussperrungen wird nur gewährt, nachdem die Berechtigung von der hierbei eingesetzten Instanz anerkannt worden ist. Die Unterstützung erfolgt auch erst nach einer bestimmten Wartezeit, die zwischen 3 und 12 Monaten beträgt. Einige Versicherungsgesellschaften und Unternehmerverbände geben gleich vom ersten Tage an nach Ausbruch des Streiks eine Entschädigung, während andre erst nach mehrtägiger Dauer des Streiks oder der Aussperrung Zahlungen leisten. So zahlt der Schutzverband selbständiger Glaser während der ersten 14 Tage überhaupt keine Entschädigung und der Leipziger Verband der Metallindustriellen bewilligt die Streikunterstützung nicht über 100 Tage hinaus. Einige Verbände sprechen in ihren Statuten offen aus, daß sie für den Fall eines Generalausstandes überhaupt keine Entschädigung gewähren. Der Allgemeine deutsche Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe zahlt eine Entschädigung erst dann, wenn ein Fünftel oder mehr der beschäftigten Arbeiter ausständig sind. Einige Vereine stellen auch die Zahlungen ein, sobald zwei Drittel der vor Ausbruch des Streiks beschäftigt gewesenen Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen haben.

Von besonderem Interesse sind noch die dem Reichsstatistischen Amt von den Unternehmerverbänden auf Grund der ausgegebenen Fragebogen mitgeteilten, für Streiks geleisteten Entschädigungen. Bei der Gesellschaft des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen sind im vergangenen Jahre von 8 Gesellschaften Entschädigungsansprüche in Höhe von 525 318 Mannlagen gestellt worden, für die eine Entschädigung von 153 457 Mk. geleistet wurde. Das macht auf den Streiktag und Arbeiter 29,2 Pf. Die Gesellschaft hatte bei den geringen, an sie gestellten Forderungen in diesem Jahre einen Ueberschuß von 80 000 Mark erzielt, eine lächerlich geringe Summe, die ein einziger Streik mehr nicht nur aufzehrt, sondern den Gewinn in ein Defizit verwandelt haben würde. Bei der Gesellschaft des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen betrugen die durch Streiks und Aussperrungen ausgefallenen Arbeitstage 321 754, von denen 52 362 auf Streiks und 269 392 auf Aussperrungen entfielen. Es erhielten:

43	Firmen	eine	Entschädigung	bis 1000	Mk.
12	„	„	„ von	1000— 5000	„
5	„	„	„ „	5000—10000	„
5	„	„	„ „	10000—25000	„
1	„	„	„ „	25000—50000	„
2	„	„	„	über 100000	„

Die Gesellschaft schließt mit einem Ueberschuß von 321 514 Mk. ab. Bei der Gesellschaft des Arbeitgeberverbandes Unterelbe wurde im Jahre 1907 für 75 541 Manntage Entschädigung in Höhe von 61 526 Mk. und im Jahre 1908 nur für 41 454 Manntage in Höhe von nur 27 838 Mk. beantragt. Ist aber erst der Höhepunkt der Krise überschritten, dann werden die Gewerkschaften mit ihren zurückgehaltenen Lohnforderungen an die Unternehmer herantreten und die Anforderungen an die Streikkassen der Unternehmer werden bedeutend höher werden.

In diesen Kämpfen wird sich auch zeigen, daß die Organisationen der Unternehmer weniger zu fürchten sind, als verschiedentlich angenommen wird. In den Zeiten wirtschaftlicher Depression können sie zwar den Bestrebungen der Arbeiter auf Verbesserung ihrer Lebenshaltung vielfach ernsten Widerstand entgegensetzen. Inzwischen sind aber die Arbeiter nicht müßig gewesen, sie haben durch Festigung ihrer Organisation dafür gesorgt, daß die Bäume der Unternehmer nicht in den Himmel wachsen.

Die Gefahren der Zelluloidindustrie.

Von einem folgenschweren Zelluloidbrand wird aus Neuyork berichtet:

In der Zelluloidfabrik von Morrison in Brooklyn war der Fabrikinhaber mit seinen beiden Söhnen, einem Mädchen und einem jüngeren Manne im Korridor der ersten Etage damit beschäftigt, eine große Sendung eines sehr explosionsgefährlichen Rohmaterials zu verpacken. Plötzlich sah der jüngere Morrison eine Flammenschule emporschießen; er selbst wurde durch die Erschütterung in die Luft geschleudert. Als er wieder zu Boden fiel, stürzte er eilends zum Ende des Ganges, wo sein Vater mit den Flammen kämpfte. Unmittelbar über der Explosionsstätte befindet sich ein Luftschacht; während die von den Flammen Erfaßten sich am Boden wälzten und schließlich mit brennenden Kleidern aus der glühenden Lohe gezerrt werden konnten, waren die Flammen sekundenschnell durch den Luftschacht emporgeschossen. Das ganze Gebäude, das große Vorräte an leicht brennbarem Material und an Explosivstoffen barg, stand in wenigen Augenblicken lichterloh in Flammen. In den oberen Stockwerken waren 45 Arbeiter beschäftigt; eine Panik brach aus und sofort stürzte alles zur Steintreppe. Die ersten konnten glücklich noch das Freie erreichen; die zehn aber, die im obersten Stockwerk beschäftigt waren, fanden den Ausgang bereits von den Flammen gesperrt. An der [illegible] Wand des Treppenhauses dehnte sich eine kleine Nische, deren schmale Fenster eine starke Eisengitterung trugen. In ihrer Verzweiflung drängten die zehn Unglücklichen, die keine Rettung mehr sahen, in diese Nische als die letzte Zufluchtsstätte, die noch vor den Flammen Schutz bot. Sie versuchten, die starken Eisenstäbe der Vergitterung aus ihren Fugen zu lösen. Es war ein grauenvoller Anblick, die Rettungslosen hier vergeblich einen Ausweg suchen zu sehen; verzweifelt rüttelten die Hände mit der Kraft der Todesangst an den Barren; die Stäbe waren fest in das Mauerwerk eingelassen und trotzten allen Bemühungen. Unerbittlich aber zogen die Flammen näher und packten schließlich die Unglücklichen, die nur durch ein Gitter von der Rettung getrennt unter furchtbaren Qualen den Feuertod starben. Der jüngere Morrison vermochte mit Todesverachtung seinen bereits von den Flammen erfaßten Vater zu retten, und gemeinsam mit einem Arbeiter namens Davis gelang es ihm auch, ein Mädchen dem Feuerherd zu entreißen. Insgesamt sind 10 Arbeiter und eine Arbeiterin Opfer der Flammen geworden.

Ein andrer Zelluloidbrand, der zwar kein Menschenleben forderte, aber sehr viele in Gefahr brachte, und leicht einen gefährlichen Ausgang hätte nehmen können, ereignete sich am 12. Oktober bei der Firma Probst in Nürnberg. Wie die „Holzarbeiter-Zeitung" berichtet, entzündeten sich Zelluloidabfälle, die schon zwei Tage im Arbeitsraum lagerten. Außer einigen Fässern mit Wasser waren Löschvorrichtungen nicht zur Stelle. Ein Arbeiter erlitt schwere Verletzungen, während 150 in Lebensgefahr schwebten.

Ob die Regierung nicht bald einsieht, daß die Arbeiter dieser Industrie eines besonderen Schutzes dringend bedürfen?

Aus der Zuckerindustrie.

Unbegründete Besorgnisse.

Verkürzung der Arbeitszeit ist eine der ersten Forderungen der organisierten Arbeiter. Und das mit Recht. Denn der Arbeiter, dessen Leben aus Arbeiten, Essen und Schlafen besteht, ist kein Mensch, sondern eine Arbeitsmaschine. Gerade in der Herabminderung der noch vor einigen Jahrzehnten üblichen 12—14stündigen Arbeitszeiten zeigt sich der kulturelle Einfluß der Gewerkschaften. Leider gibt es heute noch einige Industriezweige, wo sich die alten Unsitten erhalten haben, wo noch immer 12 Stunden und länger den Tag gefrondet werden muß.

Namentlich sind es die Betriebe mit Tag- und Nachtarbeit, die den 12stündigen Arbeitstag, der zur Abwechslung mit 18stündigen und 24stündigen Schichten ergänzt wird, als unantastbare Einrichtung hochhalten. Eine allmähliche Kürzung der Arbeitszeit ist in diesen Betrieben nicht gut durchführbar, und um den Sprung von der 12stündigen zur achtstündigen Schicht erzwingen zu können, sind die Arbeiter noch zu schwach organisiert.

Als nun im Anfang dieses Jahres die Novelle zur Gewerbeordnung von der Kommission des Reichstags beraten wurde, kam auch folgende Resolution zur Annahme:

„Die verbündeten Regierungen werden ersucht, von den Vollmachten des § 120e Absatz 3 der Gewerbeordnung (zur Verhütung einer gesundheitsschädlichen Gestaltung der Arbeitszeit) in weiterem Maße Gebrauch zu machen, insbesondere auch dahin, daß die Arbeitsdauer der in Tag- und Nachtschicht vor dem Feuer beschäftigten Arbeiter auf höchstens 8 Stunden beschränkt wird."

Der angeführte § 120e besagt, daß durch den Bundesrat die Dauer der Arbeitszeit und der Pausen für solche Gewerbe festgesetzt werden kann, bei denen eine Gefährdung der Gesundheit der Arbeiter infolge zu langer Arbeitszeit zu befürchten ist.

Nun wäre diese Ausdehnung des § 120e dem Unternehmerprofit durchaus nicht gefährlich, denn der Bundesrat hat bisher von seiner Befugnis, in besonderen Fällen Schutzbestimmungen zu erlassen, noch sehr selten Gebrauch gemacht. Viel häufiger hat er Ausnahmebestimmungen zugunsten der Unternehmer getroffen. Aber schon die Möglichkeit, daß die Arbeiter gegen allzugroße Ausbeutung geschützt werden könnten, bringt die Unternehmer auf.

Auch die „Deutsche Zuckerindustrie" hatte den Kommissionsbeschluß zum Anlaß genommen, eine sozialpolitische Hetzrede loszuwerden. Sie meint zwar, daß die Arbeit in den Zuckerfabriken nicht zu den gesundheitsgefährlichen zu rechnen sei, jedoch sei es nicht ausgeschlossen, daß, wenn zu Anfang der Kampagne durch heiße Herbsttage die Temperatur in der Fabrik übernormal wird, oder wenn die Betriebswässer anfangen zu riechen, die Gefährlichkeit angenommen und infolgedessen die Achtstundenschicht für Arbeiter vor dem Feuer angeordnet werden könne. Vor dieser Möglichkeit graut dem Unternehmerblatt. Das ist erklärlich, denn die kapitalistischen Profitinteressen, die das Blatt vertritt, könnten dabei ins Gedränge kommen. Bezeichnend aber ist, mit welchen Gründen das Blatt der Einführung des Dreischichtwechsels entgegentritt. Es schreibt nämlich:

„Die Leute wollen täglich länger als acht Stunden arbeiten und sie begrüßen den Achtstundentag nur deshalb mit Freuden, weil sie hoffen, dann täglich zwei Schichten machen zu können, natürlich zu den bisherigen Lohnsätzen.

Eine körperliche Arbeitszeit von acht Stunden ist eben für einen normalen Menschen zu gering und er wird meistens gar nicht wissen, was er mit 16 Stunden freier Zeit anfangen soll."

Daß derlei Blödsinn überhaupt noch gedruckt wird, ist bezeichnend für den geistigen Tiefstand der Unternehmerpresse.

und zeigt, daß es den kapitalistischen Profitwächtern außerordentlich schwer fällt, für ihr kulturwidriges Verhalten Gründe vorzubringen, die den einzigen wirklichen Grund, Ausbeutungssucht, zur Genüge verdecken. Es ist eine Unterstellung, die zu lächerlich ist, um infam genannt zu werden, wenn das Blatt behauptet, die Arbeiter forderten den Achtstundentag, um 16 Stunden arbeiten zu dürfen. Gewiß, es ist schon vorgekommen, daß vereinzelt Arbeiter über die Arbeitsschicht hinaus gearbeitet haben, aber dann hat sie die bittere Not dazu getrieben, dann war ihr Lohn derart niedrig, daß er eine menschenwürdige Ernährung nicht ermöglichte. Haben die Arbeiter einen auskömmlichen Verdienst, so sind sie froh, einige Tagesstunden der Ruhe und Erholung, der Pflege des Familienlebens und der geistigen Zerstreuung und Weiterbildung widmen zu können. Wenn das Unternehmerblatt dann höhnend meint, die Arbeiter wüßten nicht, was sie mit der freien Zeit anfangen sollen, so können wir dem Blatte nur raten, sich doch nicht andrer Leute Köpfe zu zerbrechen. Wenn die Aktionäre der Zuckerindustrie 24 Tagesstunden ohne Arbeit hinzubringen wissen, werden die in harter Fron geschundenen Arbeiter sich gewiß nicht langweilen, wenn sie einige wenige Stunden ausspannen dürfen. Und wir können dem Blatte weiter versichern, daß, unsrer festen Ueberzeugung nach, die Mehrzahl der Arbeiter ihre Zeit weit nutzbringender anwenden würde, als die Mehrheit der parasitären Existenzen, die als Aktionäre, Rentiers usw. unser kulturelles Leben verschandeln. Raten möchten wir dem Blatte dann noch, in Zukunft einen weniger schäbigen Lappen zu nehmen, wenn es die Profitsucht verhüllen will.

Gewerkschaftsbewegung des Auslandes.

Der Anschluß der American Federation of Labour an das Internationale Sekretariat der Gewerkschaften.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands teilt uns folgendes mit:

Der internationale Sekretär der gewerkschaftlichen Landeszentralen erhielt heute Sonnabend, 20. November, von dem Präsidenten der American Federation of Labour ein Telegramm aus Torento des Inhalts:

„Die American Federation of Labour hat den Anschluß an das Internationale Sekretariat beschlossen. Gompers."

Mit dieser vollendeten Tatsache dürfte nunmehr allen Auseinandersetzungen für und wider den amerikanischen Bund und Gompers der Boden entzogen sein. Was die Generalkommission erstrebt — ein enges Band um die großen Brüderverbände der Gewerkschaften zweier Welten zu schließen —, das ist erreicht worden, trotz aller anläßlich des Gompers-Empfanges in Berlin gemachten Schwierigkeiten. Die Gewerkschaften und alle, die ihnen zur Seite stehen, werden diesen erfreulichen Abschluß der Verhandlungen mit großer Genugtuung begrüßen. Fortan wird in jedem Lande die Gewerkschaftsbewegung dem Arbeiter ein Stück Heimat und Daseinsschutz bieten, und mit vereinten Kräften wird sie den Kampf gegen das weltumspannende Kapital aufnehmen — diesseits wie jenseits des Ozeans.

Zentralisationsbestrebungen der australischen Gewerkschaften.

Die australischen Gewerkschaften sind noch außerordentlich zersplittert. Die in den letzten Jahren immer heftiger und umfangreicher werdenden wirtschaftlichen Kämpfe haben jedoch auch dort die Notwendigkeit größerer Geschlossenheit deutlich gezeigt, um so mehr, da die Unternehmer sich schon frühzeitig recht starke Zentralorganisationen zu schaffen wußten. Die letzten Kongresse der Gewerkschaften der einzelnen Bundesstaaten haben denn auch entsprechende Resolutionen beschlossen, in denen die Verschmelzung der lokalen Gruppen zu Landesverbänden empfohlen wurde. Diese Anregung ist schon vielerorts auf fruchtbaren Boden gefallen. So wurde vor kurzem in Melburne ein Zentralverband der Gerber und Lederarbeiter Australiens gegründet. Auf dem Kongresse waren die Vertreter einer Anzahl schon bestehender Gewerkschaften dieser Berufe aus allen Bundesstaaten anwesend, die sich einstimmig für die Verschmelzung zu einer Einheitsorganisation aussprachen. Es wurde unter anderm festgestellt, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den verschiedenen Ländern des Bundes außerordentlich verschieden sind. Es soll besonders deshalb, weil die Verhältnisse in der Lederindustrie durchweg schlechter sind als in andern Berufen, demnächst eine einheitliche Aktion zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen unternommen, dabei auch auf die Beseitigung der Frauenarbeit in Gerbereien aus gesundheitlichen Gründen hingewirkt werden. Sehr geklagt wurde darüber, daß völlig unfähige Leute als Inspektoren fungieren, die meist aus dem Stande der Zivilanwärter genommen werden und für die beruflichen Verhältnisse daher nicht das geringste Verständnis besitzen. Die bestehenden Schutzgesetze werden deshalb trotz der Fabrikinspektion keineswegs durchgeführt. Die nächste Tagung, die erste Generalversammlung des neuen Verbandes, die zu Ostern 1910 in Sidney stattfinden soll, wird sicherlich schon eine Stärkung der Organisation zeigen und dadurch dann auch die Möglichkeit bieten, über wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der australischen Lederindustrie, die sehr bedeutend ist, zu beraten.

Höhere Gewerkschaftsbeiträge in Frankreich.

Die internationale Gewerkschaftskonferenz, die vor kurzem in Paris stattfand, hatte bekanntlich Gelegenheit gegeben, die verschiedenen Gewerkschaftsmethoden kritisch zu untersuchen. Dabei hatte den französischen Gewerkschaftlern unter anderm auch das ungenügende Beitragswesen ihrer Organisationen vorgeführt werden müssen. Die damalige, recht gründliche Aussprache, bei deren Schluß der eine französische Delegierte zum Schrecken mancher unentwegten Syndikalisten sogar erklärte, daß das Beispiel andrer Länder in dieser Beziehung fortan auch in Frankreich befolgt werden würde, hat denn auch schon recht gute Früchte gezeitigt. Der Teil des Berichts der internationalen Konferenz, insbesondere soweit er die Kritik der französischen Gewerkschaftstaktik enthält, wird in der gesamten französischen Gewerkschaftspresse sehr eingehend besprochen. In den meisten Fällen wird die Berechtigung der Kritik anerkannt. So schreibt zum Beispiel der französische „Handschuhmacher" in bezug auf die Erklärung eines ihrer Delegierten auf der internationalen Konferenz, daß die französischen Gewerkschaften finanziell sehr schwach seien und deshalb Arbeitskämpfe im Auslande nicht besser unterstützen könnten.

Woher glaubt man denn, daß die Gelder der ausländischen Gewerkschaften kommen, die allenthalben zur internationalen Unterstützung großer Gewerkschaftskämpfe dienen? Sie werden nur von Arbeitern aufgebracht, die deren Wert in den heutigen wirtschaftlichen und sozialen Kämpfen kennen. Niemand schenkt sie ihnen, sondern es ist ein Teil ihres Arbeitsverdienstes, den sie opfern. Sie zahlen hohe Beiträge, um möglichst große Mittel für die Verbesserung des eigenen Loses, wie auch zur Unterstützung großer Kämpfe außerhalb ihres eigenen Landes zur Verfügung zu haben. Weshalb tun die französischen Arbeiter nicht desgleichen? Ihre Lohnverhältnisse würden die Leistung höherer Gewerkschaftsbeiträge sicherlich gestatten. Deshalb sollten sie es den ausländischen Genossen nachmachen; sie würden zunächst selbst davon profitieren und könnten ferner in würdiger Weise internationale Unterstützungsgesuche beantworten. . . Fast alle Gewerkschaften, die in den letzten Monaten ihre Hauptversammlungen abhielten, erklärten sich für höhere Beiträge. Von der Gewerkschaftszentrale wird mit dem 1. Januar 1910 eine einheitliche Mitgliedskarte und Beitragsmarke für sämtliche Gewerkschaften eingeführt. Auch gegen diese Art der „Zentralisation" hatte man sich früher entschieden gewehrt. Langsam, aber sicher wird die wirtschaftliche Entwicklung des Landes auch die französischen Gewerkschaften zu geschlossenen Organisationsformen zwingen — trotz aller theoretischen Widerstände einzelner Kreise.

Zusammenschluß der englischen Gewerkschaften.

Die Zahl der englischen Gewerkschaften ist bekanntlich ungeheuer groß. Die ständig wachsende Konzentration des organisierten Unternehmertums hat aber auch schon einen Teil der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter die Notwendigkeit gelehrt, mit der alten Zersplitterung zu brechen und die vielen kleinen Gewerkschaften zu größeren Verbänden zu vereinigen. Leider besteht nun in England keine Zentralstelle ähnlich der deutschen Generalkommission der Gewerkschaften. Der dortige Gewerkschaftsbund, die Federation of Trade Unions, umfaßt nur etwa ein Drittel der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter dieses Landes, er hat zudem eigentlich nur die Funktion einer gemeinsamen Streikunterstützungskasse, so daß sein Einfluß in andern Fragen gleich Null ist. Deshalb wies sein Generalsekretär Appleton, der auch die kontinentale Gewerkschaftsbewegung kennt, auf dem letzten englischen Gewerkschaftskongreß, dem er aber nur als Gast beiwohnte, auf diese kontinentale Gewerkschaftsbewegung hin und betonte die Notwendigkeit der Verschmelzung der Gewerkschaften. Er führte unter anderm an, daß oft in ein und derselben Stadt bis zu fünf und sechs Gewerkschaften des gleichen Berufs sich gegenseitig das Feld streitig machen, und zwar durch Gewährung immer größerer Unterstützungen. Diese ungesunde Konkurrenzpolitik hat denn auch schon verschiedene Verbände dem finanziellen Ruin nahegebracht.

Es ist nun erfreulich, festzustellen, daß in allen den Berufen, die gute Beziehungen zu den gleichen Verbänden andrer Länder unterhalten, jetzt mehr und mehr der Einigungsgedanke an Boden gewinnt. So hat kürzlich nach längeren Vorberatungen einer Konferenz von Vertretern der vier wichtigsten Organisationen in der Holzindustrie stattgefunden, die sich über die Grundzüge der vorgeschlagenen Verschmelzung einigten, die zurzeit den Mitgliedern zur Urabstimmung vorgelegt werden. Die neue Organisation wird rund 15 000 Mitglieder zählen. Dieser Erfolg ist nicht zuletzt auch dem systematischen Wirken der internationalen Holzarbeiterunion zu danken, die durch Berichterstattung und Kritik über die Bewegung der verschiedenen Länder in ihrem internationalen Organe nach dieser Richtung einen gesunden Einfluß ausübt.

Kampf gegen Streikposten im „freien" Amerika.

Preußen-Deutschland kann sich nicht allein rühmen, den Kampf gegen gesetzlich erlaubte Streikposten zu führen; die Neuyorker Polizei dient dem Unternehmertum in der gleichen Weise, wie wir das von unsrer vaterländischen Polizei gewöhnt sind. Seit einigen Wochen stehen in Neuyork die Ladengehilfen im Kampf. Um auch die noch nicht organisierten Angestellten zum Anschluß zu bewegen, war es notwendig, eine große Anzahl von Streikposten zu stellen. Am 28. Oktober unternahm nun die Polizei eine umfassende Razzia gegen die Streikposten, wobei es zu ernsten Zusammenstößen kam. Ein Vertrauensmann der Gewerkschaft wurde tödlich verletzt und nicht weniger wie 75 Streikposten wurden verhaftet. Doch hat diese Staatsaktion wesentlich dazu beigetragen, den Kampfesmut der Gehilfen zu erhöhen und ihnen noch größere Sympathien des Publikums zu sichern.

— **Die Gewerkschaftsbewegung in Japan.** Seit kurzem erscheint in Chikago (Nordamerika) in englischer und japanischer Sprache ein Gewerkschaftsblatt, „Der Arbeiter", das kürzlich eine kurze Uebersicht über den augenblicklichen Stand der gewerkschaftlichen Bewegung jenes Inselreiches brachte.

Besondere Fachgewerkschaften bestanden in Japan schon seit dem Jahre 1886. Sie wurden auch im allgemeinen von der Regierung geduldet — bis zum Jahre 1900. Bis dahin waren die Ideen des konservativen Politikers Yajiro Shinagawa, der, ganz nach europäischem Muster, die Interessengemeinschaft von Unternehmern und der Arbeiterklasse betonte, in der Gewerkschaftsbewegung maßgebend gewesen. Von diesem Geiste war auch die bedeutendste Fachorganisation, die der Buchdrucker in Tokio, wie manche andre beseelt. In einzelnen Gemeinden erlangten diese Verbände recht große Ausdehnung, so daß sogar einzelne Lokalbehörden den ihnen unterstellten Arbeitern den Beitritt zwangsweise auferlegten. Um das Jahr 1900 begann jedoch der sozialistische Gedanke in Arbeiterkreisen an Boden zu gewinnen. Schon 1905 wurden 2 von den alten Einflüssen unabhängige Organisationen der Bergarbeiter gegründet, die sehr bald zu großer Bedeutung gelangten, eine große Anzahl von Streiks und Boykotts durchführten, bei denen es wiederholt zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei und der Soldateska kam. Auch in manchen andern Berufen hat die Bewegung trotz aller Unterdrückungsversuche von Unternehmern und Regierung festen Fuß gefaßt, und machen die Gewerkschaften zurzeit eine Art Klärungsprozeß durch. Die modernen gewerkschaftlichen Ideen stehen in dieser jungen Bewegung den rein syndikalistischen gegenüber.

Gegnerische Gewerkschaften.

Die Wahrheit sickert durch.

Der zweite Vorsitzende des kleinen christlichen Verbandes mit dem langen Namen, der sehr bekannte Peter Tremmel, scheint über den unglücklichen Ausgang der Solnhofener Aussperrung das bißchen Vernunft ganz verloren zu haben. In einem von ihm unterzeichneten Flugblatt wendet er sich an seine Getreuen und versucht in dem Gesudel, das übrigens der christlichen Moral bedenklich ins Gesicht schlägt, nachzuweisen, daß nur die bösen Roten an dem ganzen Unglück schuld seien. Entrüstet schreibt er: „Das schlimmste aber, was in diesem Kampfe seitens der Genossen in bezug auf Arbeiterverrat geleistet wurde, wodurch sie die Interessen der Ausgesperrten am meisten schädigten, besteht darin, daß sie fortwährend den Unternehmern den Rücken stärkten, indem sie die unverschämtesten Lügen über die Lage unsres Verbandes verbreiteten." In dem Ton schmiert der Herr Peter weiter. Diese „Lügen" hat bekanntlich der frühere Redakteur ihres eigenen Organs, der Patentchrist Wolf verbreitet. In den Augen jedes anständigen Menschen ist das allerdings ein Halunkenstreich. — Die Nr. 40 der „Gewerkschaftsstimme" widmet nun aber der Aussperrung einen längeren Artikel. In dem sachlich gehaltenen Artikel wird unter anderm darauf hingewiesen, daß die amerikanischen Abnehmer sich auf mehrere Jahre hinaus mit Steinen versahen wegen des angekündigten Zolltarifs mit Amerika, und daß der Lithographiesteinindustrie eine Konkurrenz entstanden ist in einer künstlichen, billigeren Masse. Dann wird aber gegen die Vorstände und Vertrauensleute der Christen der schwere Vorwurf erhoben, daß sie dem Hauptvorstand über die ganze Bewegung unrichtige Angaben gemacht haben. Dadurch war es nicht möglich, die Bewegung erfolgreich durchzuführen. — Danach scheint's ja im christlichen Lager lustig zuzugehen, und Herr Tremmel tut wirklich nicht gut, die Sündenböcke im Lager der freien Gewerkschaften zu suchen.

Streiks und Lohnbewegungen.

— **Streiks und Differenzen** bestehen in: **Bramsche** (Tapetenfabrik), **Leipzig** (Borsdorf, Wachstuchdrucker), **Berlin** (Wildau), **Weißenfels** (Ziegelei), **Hamburg.**

Zuzug nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

— **Lohnbewegungen der Dresdner Zahlstelle.**

Im Gebiet der Dresdner Zahlstelle wurden in diesem Jahre bis jetzt 17 Lohnbewegungen geführt, von denen zwei die Einstellung der Arbeit zur Folge hatten. Von diesen ist der Streik in der Ziegelei Mierisch erfolglos geblieben. Da sowieso kein Fett in diesem Betriebe abzuschöpfen war, suchten die Streikenden andre Arbeit, als an den Pfingstfeiertagen ausländische Streikbrecher angerückt kamen. Diese haben dann nach kurzer Zeit den Betrieb mit Krach wieder verlassen.

Der Streik in der Ziegelei Wildberg ging trotz der Wortbrüchigkeit der böhmischen Arbeiter nicht ganz verloren. Den im Betrieb Stehengebliebenen wurde eine teilweise Zulage gegeben, für einen andern Teil wurde der angedrohte Abzug abgewehrt. Die errungene und abgewehrte Summe beträgt zirka 3800 Mk. pro Jahr. Leider hatte der Wortbruch der böhmischen Arbeiter zur Folge, daß der errungene Vorteil nicht den Organisierten zufiel.

In der Eisengießerei-A.-G. Hille erreichten 18 Hilfsarbeiter eine Lohnzulage von 1 bis 4 Pf. pro Stunde. Da aber zu gleicher Zeit die früher gezahlte Gratifikation in Wegfall kam, reduzierte sich die Erhöhung beträchtlich. Die Aufbesserung beträgt bei der üblichen Arbeitszeit zirka 675 Mk. pro Jahr.

In der Seifenfabrik Gäbler erzielten 22 Personen eine Zulage von zusammen 18,75 Mk. pro Woche oder 937,50 Mk. pro Jahr.

In der Seifenfabrik Käntzelmann betrug die Lohnerhöhung für 19 Personen 15,39 Mk. pro Woche oder 769,50 Mk. pro Jahr.

In der Seifenfabrik Geißler wurden für 20 Personen pro Woche 9,40 Mk. oder pro Jahr 470 Mk. herausgeschlagen. In allen drei Betrieben werden in Zukunft die Ueberstunden mit 50 Pf. für Männer und mit 25 Pf. für Frauen vergütet. Die älteren Arbeiter sollen einige Tage Ferien bekommen. Bei Gäbler wurde die schon früher bestehende Staffel erneuert, bei Käntzelmann neu eingeführt.

In der Pflastersteinfabrik in Leubnitz erzielten die Kollegen eine Erhöhung des Stundenlohnes um 4 Pf.; für 21 Personen eine Verbesserung von . Mk. pro Jahr.

In der Mühlenbauanstalt Gebr. Seck erhielten auf die Forderung der Hilfsarbeiter 123 Personen eine Lohnerhöhung von 1 bis 3 Pf., zusammen pro Jahr 5460 Mk. Da die Firma auch in diesem Jahre sehr hohen Gewinn abwarf, wird hoffentlich auch die in Aussicht gestellte Zulage im nächsten Jahre nicht ausbleiben, sondern noch etwas besser ausfallen.

In der Mühlenabteilung der Steingutfabrik erreichten 54 Personen eine Aufbesserung von 3 Pf. Der Anfangslohn wurde von 35 auf 38 Pf., der Höchstlohn von 39 auf 42 Pf. erhöht. Für besonders anstrengende Arbeit soll event. noch etwas mehr gezahlt werden. Der Anfangslohn steigt nach Ablauf von vier Wochen auf 40 Pf., nach acht Wochen auf 42 Pf. 54 Personen erhalten einen Mehrlohn von 4850 Mk. pro Jahr.

Die Aufwartefrauen im Dresdner Volkshause verlangten und erhielten eine Zulage von 2 Pf. pro Stunde, insgesamt eine Zulage von 405 Mk. im Jahr für 6 Personen. Der Lohn beträgt jetzt 32 Pf. pro Stunde, einschließlich voller Beköstigung.

In der Ziegelei Leutewitz errangen 16 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 5 Stunden pro Woche, indem sie die Arbeit nach 6 Uhr abends verweigerten. Die Verkürzung beträgt pro Jahr 4000 Stunden.

Drei Bewegungen wurden in der Nährmittelfabrik Dr. Klopfer nötig. Die Abänderung der Akkordlöhne in Stundenlohn für die Arbeiterinnen in der Packerei hätte für die Arbeiterinnen einen Lohnausfall von zirka 900 Mk. im Jahre betragen. Dieser Ausfall ist abgewehrt worden, indem eine Erhöhung des Stundenlohnes erzielt wurde.

Bei der nach einigen Monaten wiederum eingeführten Akkordarbeit legte nunmehr die Firma reduzierte Akkordpreise vor. Auf Vorhalt stellte sie die Arbeiterinnen vor die Wahl, entweder die früheren niedrigen Stundenlöhne und daneben den früheren höheren Akkordsatz oder den verringerten Akkordlohn und die höheren Stundenlöhne anzunehmen. Die Arbeiterinnen haben sich für das letztere entschieden.

Die Maßregelung des Vertrauensmannes wurde nicht wieder zurückgenommen.

Ergebnislos verlief die Lohnforderung in der Chemischen Fabrik von Heyden in Radebeul. Vertagt wurde die Lohnforderung in der Strohstoffabrik in Kötitz, ebenso die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit in der Papierfabrik Krause u. Baumann in Dresden.

Erzielt wurde zusammen eine Lohnaufbesserung von 18470 Mk. für 304 Personen, eine Arbeitszeitverkürzung von 4000 Stunden für 16 Personen; abgewehrt wurde eine Verschlechterung von 2330 Mk. für 23 Personen.

Wir haben berechtigte Hoffnung, in den nächsten Jahren mehr zu erreichen.

— **Das Ende des Kampfes in Schweden.** Die schwedischen Unternehmer haben die Aussperrungen aufgehoben, obwohl in den angebahnten Vergleichsverhandlungen noch keine Einigung erzielt wurde. Das ist um so bedeutsamer, da die schwedischen Unternehmer Vergleichsvorschläge, die in der von Regierungsbeamten eingeleiteten Verhandlung gemacht wurden, ablehnten. Und doch sollte nur prinzipiell erklärt werden, daß dem Arbeitgeber das Recht der Betriebsleitung, der Einstellung und Entlassung der Arbeiter, zusteht und daß das Koalitionsrecht von beiden Seiten unangefochten bleiben muß. Diese Bestimmungen sind zwar schon in den Tarifverträgen enthalten. Die Unternehmer akzeptierten sie dennoch nicht, sie hätten sonst ihre Niederlage anerkannt. Die Unternehmer hoben aber auch die Aussperrung in der Eisenindustrie auf, die letzte noch faktisch vorhandene Aussperrung. Damit ist zugleich das Fiasko der Massenaussperrungstaktik erklärt.

Die schwedische Arbeiterschaft hat drei Positionen durch den Kampf gewonnen, die von unschätzbarem Wert sind. Sie ist zunächst in den ursprünglichen Konflikten nicht gebunden worden durch Verträge mit reduzierten Löhnen für die kommende Konjunkturperiode. Sodann ist das Bestreben des Arbeitgebervereins, die ganze Gewerkschaftsaktion durch eine Reihe prinzipieller Vertragsbestimmungen lahmzulegen, auf der ganzen Linie zurückgeworfen worden. Und drittens hat die Aussperrungstaktik der schwedischen Unternehmerorganisation ganz zweifellos einen derartigen Stoß erhalten, daß sie in absehbarer Zeit nicht die bisherige Bedeutung wieder erlangen kann. Denn dafür werden die Unternehmer schwer wieder zu haben sein, einen derartigen Kampf monatelang ergebnislos zu führen. Die Landesorganisation der Gewerkschaften hat durch den Kampf also das erreicht, was sie in der Massenstreikproklamation als den Zweck des Kampfes bezeichnete: Den Drohungen mit der Massenaussperrung aus Anlaß jedes kleinsten Konfliktes einen Damm entgegen zu setzen.

Die Wirkung, die dieser große Kampf auf die schwedische Arbeiterschaft zur Erweckung ihres Klassenbewußtseins ausgeübt hat, zeigt sich am deutlichsten dadurch, daß die Auflage des Stockholmer Parteiorgans eine Erhöhung von über 20 000 erfahren hat.

Die schwedische Landeszentrale sandte an die Generalkommission der deutschen Gewerkschaften unterm 16. d. M. folgendes Telegramm:

„Nachdem unser Kampf jetzt in ein neues Stadium getreten ist und im Hinblick auf die großzügige Hilfe, die uns von der deutschen Arbeiterschaft gewährt wurde, teilen wir mit, daß die Sammlung in Deutschland jetzt geschlossen werden kann. Zirka 15 000 Arbeiter bleiben jedoch auch jetzt noch außer Arbeit.

Der deutschen Arbeiterschaft bringen wir für die uns gewährte Hilfe unsern wärmsten Dank.

Für das Landessekretariat:
Lindquist."

Die Generalkommission schließt mit Bezugnahme auf diese Mitteilung die Sammlung für die Schweden und ersucht die Organisationen und Kartelle, die noch eingehenden Gelder gemäß den Bestimmungen der Kölner Resolution betr. Streikunterstützung an den Kassierer der Generalkommission, H. Kube, Berlin SO 16, Engelufer 14/15, einzusenden.

Der Kassierer quittiert über bisher in Summa von 1 283 161,60 Mk. eingegangene Gelder für die schwedischen Kämpfer.

Polizei und Gerichte.

Vom Terrorismus frommer Christen.

Vor dem Schwurgericht in Magdeburg hatten sich kürzlich die Arbeiter Borowski, Steschal, Tamala und Pawelitzki wegen vorsätzlicher Körperverletzung mit Todeserfolg zu verantworten. Am Nachmittag des 25. Juli d. J., einem Sonntag, hatten die vier, die im Dorfe Wallersleben (Regierungsbezirk Magdeburg) arbeiteten, gekneipt. Sie begaben sich dann in Gemeinschaft mit einem alten Manne, dessen Name nicht festgestellt werden konnte, in eine Arbeiterkaserne. Hier trafen sie die Arbeiter Potzarek und Florek, die einem Landsmann einen Besuch abstatteten. Der alte Mann fing mit Potzarek ein Gespräch über Religion an, das bald zu heftigen Auseinandersetzungen führte, weil Potzarek nicht an Gott glauben wollte und behauptete, es gäbe gar keinen Gott. Die vier Angeklagten, die gute Katholiken sind, nahmen ebenfalls gegen Potzarek Partei und der alte Mann forderte sie auf, den Ungläubigen zu bekehren. Dazu waren sie sofort bereit. Sobald alle die Kaserne verlassen hatten, ging auf der Straße die Schlägerei los. Dabei wurde Potzarek erstochen und Florek schwer mißhandelt.

Nachdem die Angeklagten dies Werk vollbracht hatten, verfolgten sie noch einen Dritten, der ebenfalls zu Potzarek gehalten hatte. Dem Verfolgten gelang es aber, sich zu verstecken. In seinem Versteck hörte er, wie einer der vorübergehenden Verfolger sagte: „Das Hundeblut, wenn wir ihn finden, schlachten wir ihn mit unsern Messern ab!" Den Angeklagten wurden später zwei mit Stacheln versehene Schlagringe und ein Revolver abgenommen, die sie bei ihren Belehrungstaten gebraucht hatten.

Entsprechend dem Wahrspruche der Geschworenen verurteilte das Schwurgericht Borowski zu 3 Jahren 3 Monaten Zuchthaus, Steschal und Tamala zu je 4 Jahren Zuchthaus und Pawelitzki zu 1½ Jahren Gefängnis. Die Zubilligung mildernder Umstände wurde bei allen Angeklagten verneint. Der Staatsanwalt hatte Gefängnis beantragt. Das Gericht erkannte aber bei drei Angeklagten auf Zuchthaus, weil eine Tat von so großer Roheit im Interesse der öffentlichen Sicherheit geahndet werden müsse.

Unzweifelhaft liegt hier ein ganz ungeheuerlicher Fall von Terrorismus vor. Und wer ist hier der eigentlich Schuldige? Sind es nicht die Vertreter der katholischen Kirche, die in ihrer Unduldsamkeit gegen jeden Andersdenkenden armen unwissenden Arbeitern den Fanatismus ins Herz gepflanzt haben? Auf die Paffen fällt die Tat der Angeklagten zurück!

§ **Ein Unternehmer in den Schlingen des § 153 der Gewerbe-Ordnung.**

Der Obermeister der Altonaer Stellmacherinnung, Stadtverordneter Ruppert, wurde kürzlich vom Hamburger Schöffengericht wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung zu 5 Tagen Gefängnis verurteilt. Im Frühjahr d. J. standen die Hamburg-Altoner Stellmachergesellen wegen Lohnforderung im Streik. Unter den wenigen Unternehmern, die die Forderung der Gesellen bewilligt hatten, befand sich die Wagenbaufirma B., die einen größeren Auftrag von einer amerikanischen Gesellschaft hatte, die in Deutschland einen großen Handel mit Stellmacherartikeln und Oberbalken betreibt. Zum Geschäftsführer dieser amerikanischen Gesellschaft ist der Obermeister Ruppert gegangen und hat ihn aufgefordert, den Auftrag an die Firma B. zurückzunehmen, wenn die Firma nicht die Lohnforderung der Gesellen zurückziehe, und hat der Firma im Weigerungsfalle angedroht, daß der Boykott über sie verhängt werde, und daß kein Stellmacher in Hamburg-Altona mehr der Firma Stellmacher-Artikel geben werde. Die Firma B. erstattete Anzeige wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung und §§ 240 und 253 des Strafgesetzbuches gegen den Obermeister Ruppert. Die Amtsanwaltschaft in Hamburg lehnte ein Einschreiten ab, wurde aber auf Grund einer Beschwerde vom Gericht zur Erhebung der Anklage angewiesen.

In der jetzigen (12. November) Verhandlung vor dem Schöffengericht, wo die Anklage von einem Staatsanwalt vertreten wurde, beantragte derselbe 14 Tage Gefängnis; das Gericht erkannte auf 5 Tage wegen Vergehung gegen § 153, indem es anführte, daß sich der Obermeister Ruppert wegen Androhung einer Verrufserklärung zwecks Erringung besserer Lohnbedingungen gegen den Unternehmer schuldig gemacht habe.

§ **Ueterfen.** Einen Schurkenstreich, der seinesgleichen sucht, verübte der frühere Hilfskassierer unsrer Zahlstelle, Oskar Kowalski. Derselbe hatte verflossenen Sommer von den einkassierten Beiträgen den Betrag von 106,90 Mk. unterschlagen, wofür er vom hiesigen Schöffengericht zu vier Wochen Gefängnis verurteilt wurde. Das Landgericht in Altona verwarf die Berufung des Kowalski und bestätigte die Strafe. Schon ehe es zur gerichtlichen Verhandlung kam, verdächtigte K. den ersten Bevollmächtigten der verschiedensten Straftaten, ohne damit Erfolg zu haben, weil diese Verdächtigungen einfach aus der Luft gegriffen waren. Auch behauptete K., die fragliche Summe an die Wirtin des zweiten Bevollmächtigten abgeliefert zu haben, beschuldigte diese also der Unterschlagung, und dies, trotzdem K. eines Tages von hier spurlos verschwunden war und erst nach einigen Wochen wieder auftauchte, und trotzdem festgestellt worden, daß K. in der letzten Zeit, wenn er mit dem Kassierer abrechnete, sich vorher von verschiedenen Leuten das Geld hierzu gepumpt hatte. Nachdem alle diese Mätzchen des K. nicht verfangen haben, hat er allem die Krone dadurch aufgesetzt, daß er den zweiten Bevollmächtigten, welcher in der Strafsache gegen ihn als Zeuge auftreten mußte, bei der Königlichen Staatsanwaltschaft des Meineides bezichtigt hat. Selbstverständlich wird er auch damit keinen Erfolg haben, es zeigt aber den Charakter dieses Menschen in seiner ganzen Glorie. Wir bringen dieses zur Kennzeichnung des Burschen und empfehlen ihn, sollte er später irgendwo auftauchen, den Kollegen zur gebührenden Beachtung.

Korrespondenzen.

Mannheim. Wie nicht anders zu erwarten war, haben die badischen Industriellen die Denkschrift des badischen Ministeriums des Innern, die Arbeitslosenversicherung betreffend, verworfen. Zwei in den Reihen der Fabrikarbeiter nicht unbekannte Persönlichkeiten waren als Vertreter der Industriellen Mannheims erschienen, und beide haben in rücksichtsloser Weise und ohne menschliches Gefühl für die Arbeiter, welche Not und Elend durch Arbeitslosigkeit durchleben müssen, die Geldinteressen der Unternehmer wahrgenommen. Sie glauben ihrer sozialen Pflichten ledig zu sein, wenn sie ihre [illegible] Gang erhalten. Dabei haben die Arbeiter der Chininfabrik Boehringer u. Söhne, welche sich im Besitz des Herrn Engelhorn, des einen Industriellenvertreters befindet, noch nicht empfunden, daß die Eröffnung dieses Betriebes eine soziale Tat für die Arbeiter gewesen ist. Aber eine feststehende Tatsache bleibt, daß Herr Engelhorn schon [illegible] Riesengewinne aus diesem Unternehmen herausgezogen hat, während die Löhne der Arbeiter als den heutigen Verhältnissen nicht entsprechend bezeichnet werden müssen. Es ist nach unserer Auffassung vollständig ausgeschlossen, daß Arbeiter dieser Firma, welche arbeitslos werden, von ihren Ersparnissen leben können, betragen doch die Höchstlöhne bei Arbeitern, welche schon 15 bis 20 Jahre in diesem Betriebe beschäftigt sind, 3,70 Mk. bis 3,80 Mk. pro Tag. Wie da noch ein Familienvater Gelder erübrigen und auf die hohe Kante legen kann, um in eintretenden Notfällen gesichert zu sein, bleibt uns unbegreiflich.

Die Herren Engelhorn und Engelhardt, welche Aktionäre und Aufsichtsratsmitglieder an einer Reihe von Unternehmungen sind, die sich gut rentieren und Dividenden von 10 bis 25 Prozent abwerfen, und außer diesen noch größere Summen an Tantiemen usw. erhalten, werden niemals in eine Notlage geraten und am Hungertuch nagen müssen, sind es doch gerade die Arbeiter, für die man nichts tun will, um sie in Notfällen zu schützen, welche durch ihrer Hände Arbeit dafür sorgen, daß diese Herren alle Annehmlichkeiten des Lebens genießen können. Von der Herr Engelhorn auf die Beschwerden des Genossen Markel über die Zustände des Arbeitsnachweises der Industrie erwidert: „Wer Beschwerden habe, solle sich an ihn wenden." Ausgesprochen soll es Herr Engelhorn sein, bei welchem man sich beschweren kann. Und doch ist es gerade den Arbeitern dieses Herrn kaum möglich, selbst wenn es zwei- bis dreimal versucht wird, bei ihm vorsprechen zu können, denn in den meisten Fällen erhalten die Arbeiter schon im Vorzimmer den Bescheid, daß Herr Engelhorn nicht zu sprechen bezw. verhindert ist.

Die Arbeiter der Firma Böhringer u. Söhne wissen nun, wie huldvoll Herr Engelhorn der Arbeiterschaft gesinnt ist, sie wissen jetzt auch die in ihrem Betriebe bestehenden Wohlfahrtseinrichtungen auf ihren richtigen Wert zurückzuführen, und nehmen Kenntnis von den unüberbrückbaren Gegensätzen, die nach Herrn Engelhorn zwischen Kapital und Arbeitern bestehen, und sie werden bestrebt sein, durch ihren Anschluß an den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands dieser Organisation die Vertretung ihrer Berufsinteressen zu übertragen.

Mühlberg (Elbe). Im Bereich unsrer Zahlstelle herrschen noch recht verbesserungsbedürftige Zustände. Die Löhne stehen in gar keinem Verhältnis zu den Unterhaltskosten. So verdienen erwachsene Arbeiter ganze 25 Pf. die Stunde. Beim Bahnbau, der jetzt beendet ist, erhielten die von den Unternehmern und Schachtmeistern herangezogenen ausländischen Arbeiter 3—5 Pf. die Stunde mehr Lohn als die hier ansässigen. Nicht, weil sie mehr leisteten, sondern um mit ihrer Hilfe die Forderungen der Einheimischen niederhalten zu können. Charakteristisch ist das Einverständnis zwischen den Unternehmern des Bahnbaues und der Leitung der Zuckerfabrik. Wollten nämlich Arbeiter der Zuckerfabrik zum Bahnbau übergehen, so hatten sie 14 Tage zu kündigen und erhielten nach Ablauf dieser Zeit am Bahnbau — keine Arbeit. An dieser Verschwisterung des Unternehmertums sollten sich die Arbeiter ein Beispiel nehmen; es würde viel besser um unsre Arbeitsverhältnisse stehen, wenn wir im Guten so treu zusammenständen, wie die Kapitalisten im Schlechten.

Rundschau.

Eine kurzbeinige Lüge

ist unterwegs und wird sich demnächst in der arbeiterfeindlichen Presse produzieren. Die „Deutsche Tageszeitung" tischt nämlich folgende Schauermär auf:

„Bluttat eines Streikenden.

Karlsruhe, 16. November. Der dreiundzwanzig Jahre alte Arbeiter Leo Vetter aus Mülhausen i. E. hat im benachbarten Durlach zwei verheiratete Arbeiterinnen der Zigarrenfabrik Metzger in Grötzingen erstochen, da sie seiner Aufforderung zu streiken nicht nachkamen. Nach der Tat erhängte sich der Mörder in seiner Wohnung."

Wie die „Fränk. Tagespost" mitteilt, ist in Wahrheit ungefähr das Gegenteil geschehen, und wir könnten, wenn wir derlei Mittel nicht verschmähten, die Untat unter der Ueberschrift bringen:

„Zwei organisierte Arbeiterinnen von einem Unorganisierten ermordet!".

Ein nicht organisierter Arbeiter, der eben erst in die Zigarrenfabrik von Metzger eingetreten war, versuchte zwei gewerkschaftlich organisierte Frauen zu veranlassen, die Arbeit einzustellen. Die beiden Frauen weigerten sich, mit der Begründung, daß sie sich über zu geringen Lohn nicht zu beschweren hätten, und daß sie, wenn sie solche Beschwerden hätten, sich an ihre Organisation (die beiden Frauen gehörten der Tabakarbeiterorganisation an), wenden würden. Ueber diese Weigerung aufgebracht und vielleicht durch andre, bisher noch nicht aufgeklärte Umstände verärgert, beschloß Vetter, den beiden Frauen einen „Denkzettel" zu geben, denn er äußerte sich schon einige Stunden vor der Tat den Arbeitskollegen gegenüber: „Ich höre heute auf und die beiden Frauen hören bestimmt auch auf."

Dann geschah das Verbrechen.

Die eine der beiden Frauen ist Mutter von sieben Kindern. Peter ging nach der Tat in seine Wohnung und erhängte sich.

Nach den geschilderten Umständen zu schließen, handelt es sich um die Tat eines Wahnsinnigen; das wird die Reichsverbandspresse natürlich nicht hindern, den Schwindel der „Tageszeitung" wiederzukäuen.

Die Seifenfabrik der Großeinkaufs-Gesellschaft,

die bekanntlich in Gröba bei Riesa errichtet wird, nähert sich ihrer Fertigstellung. Am Sonnabend, dem 6. November, konnte die Richtfeier abgehalten werden. Gleichzeitig wurde der Grundstein vermauert. An der Feier beteiligten sich die Geschäftsführer und der gesamte Aufsichtsrat der Großeinkaufs-Gesellschaft.

Die Seifenfabrik besteht aus einem Hauptbau und mehreren kleineren baulichen Anlagen. Der eigentliche Fabrikbau setzt sich baulich aus drei Teilen zusammen: dem Vorderflügel, dem Mittelflügel und dem Hinterflügel. An der linken Ecke des Vorderbaues (von der Straße aus gesehen) erhebt sich ein starker Turm, der das Haupttreppenhaus und oben das Wasserreservoir enthält. Vorderbau und Hinterbau sind dreistöckig, der Mittelbau ist zweistöckig. Die beiden Flügel des Mittelbaues, welche den Vorderbau mit dem Hinterbau verbinden, umschließen mit diesen beiden zusammen einen großen Lichthof, der mit einem Glasdach versehen ist. Die ganze Anlage inklusive Lichthof ist unterkellert. Die Dimensionen des eigentlichen Fabrikationsgebäudes sind 45×70 Meter. Rechts von dem Fabrikationsgebäude liegt das Kesselhaus mit seinem Riesenschornstein, links schließt ein kleineres Gebäude mit den sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen an. Letzteres enthält Kantine, Speiseräume, Bäder, Garderoberäume und selbst das neuerdings von Sozialpolitikern gewünschte Stillzimmer, in dem arbeitende Frauen ihre Kinder stillen können, ist vorhanden. Noch weiter links, in der Ecke des Grundstücks, liegt das Verwaltungsgebäude. Es enthält außer dem Kontor zwei Wohnungen für die leitenden Beamten, den kaufmännischen Leiter und die technischen Leiter oder Siedemeister und zwei Wohnungen für die Hausleute.

— Streik pommerscher Dienstknechte. In Woltin bei Greifenhagen a. d. Oder (nahe Stettin) ist ein Streik der Dienstknechte ausgebrochen. Die Großbauern, sämtlich im landwirtschaftlichen Verein organisiert, haben beschlossen, den Knechten den jährlichen Lohn, der 300—330 Mk. beträgt, auf 270 Mk. zu kürzen. Sodann wollen sie Beginn und Schluß des Dienstjahres auf Neujahr verlegen, während der Dienstwechsel jetzt landesüblich auf Martini fällt. Den Vorteil von der Neuerung hätten natürlich die Herren Agrarier, die zu Neujahr, wenn die Knechte nirgend anders mehr unterkommen könnten, die Löhne noch mehr drücken könnten. Deshalb verzichtete der größte Teil der Knechte, unter diesen Bedingungen weiter zu dienen und die „Herren" sind jetzt ohne männliche Hilfsarbeiter.

— Krankenkassenwahl in Mannheim. Bei der Wahl der Delegierten zur Ortskasse für Handelsbetriebe in Mannheim entfielen auf die Liste des Kartells 408, auf die Liste des bürgerlichen Mischmasches 308 Stimmen gegen 403 bezw. 278 bei der Wahl im Jahre 1907.

Früher zwang man den Sklaven mit der Peitsche zur Arbeit. Der Sklave war durch den Begriff des Eigentums ein erbeutetes, getauschtes oder geerbtes Gut geworden; er hatte also einen Wert wie der Ochs, der Esel und das Pferd und zog daher dem Eigentümer, wenn er ihn verlor, einen Verlust nach sich.

Seit der Einführung des Geldes hat der Mensch gar keinen Wert mehr, nicht einmal den des Viehes, und man dürfte getrost den Menschenhandel in Deutschland, Frankreich und England erlauben, man würde nicht viel Geschäfte damit machen. Der Mensch hat in diesen Ländern den Preis verloren, um ein Stückchen Brot kann man ihn haben und noch dazu einen recht frischen, jungen, kräftigen Menschen, und hat alsdann auch noch die Wahl und Dank und Handkuß obendrein.

[illegible]

Ausschreibung.

Die Stelle eines Agitationsleiters für die Arbeiter in der chemischen Industrie wird hiermit zur Bewerbung ausgeschrieben.

Die Bewerber müssen in einem Zweige der chemischen Industrie tätig gewesen sein und haben eine Schilderung ihres Lebenslaufs, sowie ihrer seitherigen Tätigkeit schriftlich einzureichen. Dabei sind Angaben über Tag und Jahr der Geburt und Eintritt in den Verband zu machen. Außerdem ist eine selbständige schriftliche Arbeit über folgende Fragen einzusenden:

1. **Wie ist die Agitation unter den in der chemischen Industrie beschäftigten Kollegen am erfolgreichsten zu betreiben?**
2. **Wie ist das Verhalten bei bevorstehenden und ausgebrochenen Arbeitseinstellungen oder Aussperrungen?**
3. **Welchen Einfluß vermag die Organisation auszuüben auf Verminderung der in der chemischen Industrie vorhandenen Gefährdung von Leben und Gesundheit der Arbeiter?**

Die Bewerber müssen Kenntnis der zum Schutze der Arbeiter in der chemischen Industrie erlassenen Verordnungen und Bestimmungen haben und zur Haltung von Vorträgen befähigt sein.

Das Anfangsgehalt ist 1800 Mk., jährlich steigend um 100 Mk. bis zum Höchstbetrag von 2400 Mk.

Die Bewerbungen sind bis 15. Dezember an die Adresse des Unterzeichneten zu senden.

Hannover, 15. November 1909.

Für den Vorstand:
Aug. Brey, Münzstraße 5, 3. Et.

Verbandsnachrichten.

Vom 10. November ab gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

Stettin 1600,—. Leipzig 800,—. Neumünster 600,—. Bitterfeld 400,—. Tilsit 400,—. Hirschberg i. Schl. 200,—. Ueterfen 200,—. Zeitz 150,—. Neu-Isenburg 100,—. Liegnitz 150,—. Selb 150,—. Gernsheim 6,50. Schönebeck a. E. 800,—. Stuttgart 800,—. Plauenscher Grund 800,—. Zschopau 57,43. Harburg 1600,—. München 1500,—. Wittenberg (Bez. Halle) 350,—. Aschersleben 300,—. Moschendorf 100,—. Eytra i. S. 60,—. B. F. 10,—. Neuyork 4,18. Bergedorf 1200,—. Offenbach 700,—. Brieg 200,—. Sonneberg (S.-M.) 100,—.

Schluß: Montag, 22. November, mittags 12 Uhr.

Fr. Bruns, Kassierer.

Die Abrechnung für das 3. Quartal 1909 hat eingesandt: Gernsheim.

An die Zahlstellen.

Von der Broschüre „Statistische Erhebungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen der Mitglieder des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands" sind noch eine Anzahl Exemplare zur unentgeltlichen Abgabe an die in der Agitation stehenden Kolleginnen und Kollegen und die Vertrauensleute vorrätig. Bestellungen sind an den Vorstand zu richten.

Zustimmung zur Erhebung von Extrabeiträgen:

Waldheim. 5 Pf. pro Mitglied und Woche.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.

Nr. 185 467 für Eduard Specht, eingetr. am 1. Oktober 1903 in Jeßnitz.

Nr. 248 918 für Hugo Böhner, übergetr. 21. April 1907 in Eilenburg.

Nr. 172 033 für Gustav Beecken, eingetr. am 1. Juli 1906 in Harburg (Elbe).

Nr. 149 429 für Alfred Hänsel, eingetr. am 26. März 1906 in Hartha.

Nr. 18 617 für Rudolf Zschernig, eingetr. am 1. Januar 1903 in Hartha.

Nr. 279 058 für Paul Köhler, eingetreten am 11. Mai 1907 in Hartha.

Nr. 313 418 für Johann Ostrytzki, eingetr. am 2. April 1908 in Kiel.

Nr. 66 956 für Rudolf Götze, eingetr. am 26. März 1905 in Magdeburg.

Nr. 282 203 für Angelo Di Giuste, eingetr. am 21. September 1907 in Stuttgart.

Mitgliedskarte 30 576 für Johann Kornder, eingetr. am 20. Juni 1909 in Rothenburg a. S.

Mitgliedskarte 50 088 für August Brade, eingetr. am 19. September 1909 in Kellinghusen.

Mitgliedskarte 20 492 für Rosa Kucharz, eingetr. am 7. Mai 1909 in Kiel.

Neue Adressen und Adressen-Aenderungen.

Aue i. V. Paul Walther, Schwarzenbergerstraße 39.

Bromberg. F. Oschinski, Kl.-Bartelsee, Schulstraße 25.

Euskirchen. Bernhard Bey, Weststraße 5.

Wunsiedel. Johann Prell, Dammgasse 29.

Zossen. Ernst Niemann, Stubenrauchstraße 25.

Zittau. Erwerbslosenunterstützung wird nur wochentags, außer Sonnabends, von 7—8 Uhr abends ausbezahlt bei J. Herrmann, Kleinschönau Nr. 18g, 1. Et.

Briefkasten.

A. Fl. Ueber Vers. d. Chr. berichten wir nicht.

Ra. Die Artikel verdanken ihr Erscheinen besonderen Umständen; wir sprechen gelegentlich darüber.

Inserate.

Notizkalender für das Jahr 1910

ist erschienen und wird jedem Kollegen zur Anschaffung empfohlen.

Zu beziehen durch die Ortsverwaltungen.

— Preis 50 Pf. —

Beilage zum Proletarier.

Nummer 48. Hannover, 27. November 1909. 18. Jahrg.

Aus der chemischen Industrie.

Drei Aufgaben.

Wenn es in dieser kapitalistischen Welt überhaupt möglich wäre, durch moralische Einwirkungen erhebliche Aenderungen und Verbesserungen zu erzielen, so müßten die beiden Gutachten über Arbeitervergiftungen aus dem Betriebe von Schering-Berlin und den Höchster Farbwerken, die der „Proletarier“ in seinen beiden letzten Nummern veröffentlicht hat, eine Wirkung auf die fürchterlichen Verhältnisse in der chemischen Industrie Deutschlands haben, wie ein reinigender Wirbelwind, der den Schmutz aus allen Ecken hinausfegt. In den beiden Fällen einer Vergiftung durch künstlichen Kampfer und durch Paranitranilin, die die Gutachten behandeln, wurden so scheußliche Betriebsverhältnisse und so empörende Nachlässigkeiten in der Behandlung von Menschenleben bei der Arbeit, beim Betriebsschutz und im Unfallentschädigungsverfahren festgestellt, daß sich das Gefühl jedes Lesers aufbäumt und daß sich jedem die Frage auf die Lippen drängt: können denn solch abscheuliche Zustände einen Augenblick länger bestehen, als sie hier vor aller Welt amtlich enthüllt sind?

Die Antwort auf diese Frage lautet leider: die furchtbaren Zustände, die zu jenen Vergiftungen führten, bestehen in der Hauptsache ruhig weiter. Sie werden durch keinerlei **Entrüstung und Bloßstellung allein, sondern nur durch die** gewerkschaftliche und politische Macht der Arbeiterklasse geändert, die den Unternehmern und Nutznießern solcher Scheußlichkeiten den Daumen aufs Auge und das Knie auf die Brust drückt und sie nicht wieder frei läßt, bis Aenderung und Besserung erzielt sind. In der Organisation der chemischen Arbeiter, im erfolgreichen Lohnkampf und im politischen Einfluß der Arbeiterklasse auf Parlamente und Regierungen allein liegt die Macht, die dem Unternehmertum und dem Staat Rücksicht auf die lebendige Arbeit im Betriebe abzwingt. Ehe wir durch die Selbsthilfe und den Beitritt der Arbeitskollegen nicht mächtiger geworden sind im Verbande, werden wir weder nach der einen, noch nach der andern Richtung Erfolge dauernder Art erzielen. Die drei Hauptpunkte aber, gegen die sich unsre Organisation richten muß, seien aus den beiden umfangreichen Gutachten wie folgt herausgehoben:

1. Die Betriebszustände in den Fabriken selbst. Der Kampferarbeiter bei Schering-Berlin ist am Schluß einer jener mörderischen Nachtschichten im Schlaf auf einem Schmelzkasten vergiftet gestorben. Er starb seines elenden Todes allein und verlassen. In seiner Erschöpfung durch die wahrscheinlich 10- bis 12stündige Nachtschicht, die viel zu lang für die gefährliche Arbeit war, hatte er keinen helfenden Genossen und keine Unterstützung. Dazu war er selbst völlig unbekannt mit dem giftigen Stoff, den er bearbeitete, dessen Giftwirkungen aber die Scheringsche Fabrik sehr gut wußte. Dabei wird der Verschluß der Gefäße und die vorhandene Ventilation von dem Sachverständigen als höchst ungenügend und „primitiv“ bezeichnet. In dem Vergiftungsfall, der sich bei den Höchster Farbwerken ereignete, mußte der Getötete an der Paranitranilinschleuder während fünfstündiger ununterbrochener Vormittagsarbeit mindestens 24 Zentner eines höchst giftigen Pulvers auf schweren Blechen fortgesetzt zirka 2 Meter hoch befördern, und der Gutachter sagt, daß dies eine Leistung sei, „die aller medizinischen Wahrscheinlichkeit nach ungestraft nicht vollzogen werden konnte“. Betriebsinhaber, die Arbeiter einer solchen offenkundigen Gefahr aussetzten, verstießen gegen das Bürgerliche Gesetzbuch. Der junge, kräftige Mann geriet nach jener Arbeit in einen fürchterlichen körperlichen Zustand und starb am andern Morgen unter den schrecklichsten Erscheinungen, nachdem er sich trotz aller Qualen nochmals zur Arbeit geschleppt hatte. Solche Betriebszustände verraten aber nicht bloß eine sträfliche Fahrlässigkeit der Unternehmer, sondern auch eine beklagenswerte Energielosigkeit der beteiligten Arbeiter und ihrer Kollegen. Wir kennen die Erwerbsnot, unter der die ungelernten Arbeiter solcher Betriebe stehen und den sozialen Druck, der auf ihnen lastet. Aber es muß auch gesagt werden, daß sie sich zu willig und widerstandslos zur ärgsten Ueberanstrengung mißbrauchen lassen und zu wenig zusammenhalten, um in den einzelnen Betriebsabteilungen der Gifthütten die ärgsten Zumutungen ihrer Antreiber abzuwehren. Hielten sie darauf, daß jeder Arbeitskollege der Organisation beiträte, so wären sie schon im kleinen eine Macht, gegen die sich die Betriebsleiter nicht alles herausnehmen könnten und die imstande wäre, Ueberanstrengungen der einzelnen unter Hinweis auf die Gefahr abzulehnen. Sie hätten Verbindung mit einem Vertrauensmann, der nötigenfalls den Fabrikinspektor herbeiriefe oder durch Veröffentlichungen in der Arbeiterpresse Wandel schaffte. Ehe die chemischen Arbeiter diese Organisation nach Betriebsabteilungen innerhalb der Fabrik besser ausgebaut haben, wird es für jeden einzelnen unter ihnen nicht besser werden. Die Veröffentlichungen und Enthüllungen über ihr Arbeitselend sind dann nur Grabreden, die gehalten werden, wenn einer zugrunde gegangen ist. Sie kommen zu spät! Die organisierte Abwehr muß im Betrieb sich äußern, durch ruhige und vernünftige Aussprachen unter den Kollegen und ebenso ruhige, aber entschiedene Vorstellungen bei dem Vorgesetzten gegen Mißstände bei der Arbeit. Sonst wird's nicht besser!

2. Der gesetzliche Arbeiterschutz. Wie tief er für die chemischen Arbeiter darniederliegt, kommt einem durch die beiden Vergiftungsfälle wieder einmal so recht zum Bewußtsein. Deutschland hat überhaupt noch keine gesetzlichen Schutzbestimmungen für Arbeiter gegen chemische Gifte. Und doch schreien die Zustände in den Gifthütten nach solchen! In der Scheringschen Fabrik sind die Deckel der Schmelzgefäße für Kampfer so undicht, daß der giftige Dampf fortgesetzt herausströmt. Die Ventilation des Arbeitsraums ist trotzdem miserabel. Im Höchster Fall gibt der Betriebsleiter aktenmäßig zu, daß beim Schleudern des giftigen Paranitranilin „mehr“ von diesem Stoff von den Arbeitern aufgenommen wird „als gewöhnlich“. Aber kein Schutzgesetz besteht für diese gefährlichen Betriebe. Ein paar Bundesratsverordnungen für Spezialbranchen, die hier nicht in Betracht kommen, und im übrigen die berüchtigte berufsgenossenschaftliche Unfallverhütung in Unternehmerhänden. Im Höchster Fall scheint diese gar nicht tätig gewesen zu sein. Man hört und sieht aus den amtlichen Feststellungen nichts von ihr. Im Berliner Fall tritt sie direkt gegen die Arbeiter, statt für die Arbeiter ein. Der „Aufsichtsbeamte“ der chemischen Berufsgenossenschaft bezeichnet den giftigen künstlichen Kampfer als einen „völlig unschädlichen“ Stoff, und muß sich gefallen lassen, daß ihm der technische Sachverständige eine Reihe sehr derber Wahrheiten sagt. Er will ihm an seinem eigenen Körper — d. h., wenn ihn der Herr Aufsichtsbeamte dazu hergeben würde! — die Giftigkeit der Kampferdämpfe vordemonstrieren, und sagt dem Unternehmerangestellten zum Schluß: „Der technische Aufsichtsbeamte durfte sich nicht auf die willkürliche Angabe des Betriebsführers verlassen, daß er, obschon Laie, **diesen Spezialbetrieb als gefahrlos ansehe.** Er mußte den **nicht schließenden mittleren Schmelzkastendeckel dicht** machen lassen . . . Mich nimmt es wunder, daß hier nicht strafrechtlich eingeschritten worden ist.“ Derber kann man der chemischen Berufsgenossenschaft die Wahrheit über ihre „Unfallverhütung“ nicht sagen! Und ebenso entschieden müssen die chemischen Arbeiter selbst vorgehen, wenn es besser werden soll. Erst wenn ihre Organisation groß und mächtig ist, wird sie endlich Schutzgesetze gegen den Raubbau erzielen, den die chemischen Kapitalisten mit Gesundheit und Leben ihrer Arbeiter treiben. Besondere reichsgesetzliche Vorschriften für den Bau, die Ventilation, die Anstellung geübter Arbeiter, die Arbeitszeit, die Nachtschichten, das Alleinarbeiten, den Giftschutz usw. in den chemischen Fabriken müssen an die Stelle der berufsgenossenschaftlichen Unfallverhütung treten, die uns ein Hohn auf jeden ernsthaften Schutz ist. Die erste Konferenz chemischer Arbeiter Deutschlands in Frankfurt a. M. zu Pfingsten d. J. hat die Grundzüge eines solchen Reichsschutzes für unsre Kollegen festgelegt. Aber sie bleiben auf dem Druckpapier des Protokolls stehen, so lange nicht der Druck unsrer Organisation auf Reichsbehörden und Oeffentlichkeit so stark und sieghaft ist, wie ihn eben nur ein Verband ausüben kann, dem die Mehrzahl der Beteiligten angehört.

3. Die chemische Arbeiterversicherung endlich erscheint in den beiden Vergiftungsfällen in voller Glorie. In die Hände der Unternehmer gelegt, versagt sie den Witwen und Waisen zweier durch chemische Giftarbeit getöteter Proletarier jede Entschädigung und läßt sich erst als Verklagte bis vor die höchste Instanz schleppen, ehe sie zugibt, daß eine Rentenpflicht vorliegt. Bei diesem widerlichen Kampfe gegen Arbeiter und ihre Hinterbliebenen, zu dem das sogen. Entschädigungsverfahren durch die Unternehmer herabgezogen wird, schlägt sich alles in der Fabrik und in der Unfallversicherung auf die Seite der Unternehmer: die Vorarbeiter, die Betriebsleiter, die Vertrauensärzte und schließlich sogar die „Wissenschaft“, soweit sie im Höchster Falle von dem famosen Professor Lehmann-Würzburg vertreten wird. Die Unfallanzeige wird erst ganz verspätet erstattet. Die Sektion des Körpers des einen Vergifteten wird durch die Vertrauensärzte so oberflächlich vorgenommen, daß der Obergutachter ihnen die blamabelsten Vorwürfe wegen ungenügender Feststellung des Tatbestandes macht. **Wichtige Körperteile** sind gar nicht untersucht, dafür sind eine Menge „wertloser“ Feststellungen gemacht worden, und nicht einmal das Protokoll über die Sektion ist ordnungsgemäß aufgenommen. Was kommt es auch bei einem Höchster Fabrikproletarier auf solche Nebensächlichkeiten an! Der beamtete Arzt Dr. Grandhomme in Frankfurt am Main ist erst ebenfalls der Ueberzeugung, daß eine Vergiftung vorliegt; nach 4 Wochen ist er der entgegengesetzten Ansicht, „ohne daß irgendeine wesentlich neue Tatsache in der Zwischenzeit bekannt geworden ist“, wie der Obergutachter sarkastisch bemerkt. Und schließlich muß sich dann diese ganze verbündete Gesellschaft, die die Unternehmergenossenschaft in der Nichtaufhellung des Tatbestandes unterstützt, vom Obergutachter nachweisen lassen, wie flüchtig und wenig sorgfältig sie gearbeitet hat. Er läßt sie förmlich wissenschaftlich Spießruten laufen und erzielt in beiden Fällen die freilich sehr verspätete Anerkennung des Rentenanspruchs. Wäre es aber nicht gelungen, diesen gewissenhaften und sachkundigen, außerdem noch mit lebhaftem sozialen Gerechtigkeitsgefühl ausgerüsteten Obergutachter zu finden, so triumphierte jetzt noch das chemische Kapital und die Witwen und Waisen der vergifteten Opfer könnten betteln gehen im „Deutschen Reich der Sozialreform“! In beiden Fällen war es wieder die Arbeiterorganisation und die durch sie geschaffenen Arbeiter-Sekretariate, welche den Verlassenen hilfreich zur Seite standen und ihren Rentenkampf durch alle Schwierigkeiten zum siegreichen Ende führten. Und die chemischen Arbeiter wollen noch immer nicht erkennen, was ihre erste Pflicht ist?

Deutlicher können die Tatsachen nicht reden, als in den beiden Gutachten über den Gifttod zweier braver Kollegen. Wer für diese Sprache noch taub bleibt, dem ist überhaupt nicht zu helfen. Der verdient nichts andres als das Elend, aus dem er sich nicht herausarbeiten will. Wer jene Sprache aber versteht, der wird Mitglied unsres Verbandes und Mithelfer an den drei großen Aufgaben, die wir zum Heil und zur Befreiung der chemischen Arbeiterschaft aus Schmutz und Lohnknechtschaft lösen wollen und können.

Die erste genauere Lohnstatistik für chemische Arbeiter Deutschlands

veröffentlicht unser Verband soeben in den „Statistischen Erhebungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen der Mitglieder des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands“ (Hannover 1909). Wir greifen aus der auf Seite 54 der Schrift stehenden Tabelle die Löhne der männlichen Arbeiter in der chemischen Großindustrie heraus. Sie ergibt, wenn man zunächst von verschiedenen Landesteilen absieht, für welche die Lohnangaben getrennt sind, daß verdienten (bei regelmäßiger Arbeit)

pro Woche	Arbeiter	Prozent der Gesamtzahl
bis 8 Mark	7	—
10—12 Mark	16	—
12—15 „	103	2
15—18 „	920	12
18—21 „	1766	23
21—25 „	3039	40
25—30 „	1402	19
30—35 „	278	4
35 und darüber	74	—
	7605	100

Die allergrößte Masse der chemischen Industriearbeiter, nämlich 63 Prozent, schwankt also mit ihrem Wochenverdienst zwischen 18 und 25 Mk., jenem Satze, der in Deutschland als der Proletarierlohn für Fabrikarbeiter gilt, auch wenn diese keine besonderen Gefahren für Leib und Leben auszuhalten haben. Der chemische Arbeiter verdient nicht mehr als die andern. Seine besondere Gesundheitsschädigung wird ihm also überhaupt nicht bezahlt. Daß in unsrer Tabelle auch noch 19 Prozent Mitglieder mit 25—30 Mark und 4 Prozent mit mehr als 30 Mark auftauchen, rührt offenbar daher, daß sich sich die Arbeiter höherer Lohnklassen früher zur Organisation entschließen, als die ganz schlecht bezahlten. In Wirklichkeit dürfte daher der Prozentsatz besser gelohnter chemischer Arbeiter bedeutend kleiner sein, als in unsrer Mitgliederliste. Daß die reiche chemische Industrie für 14 Prozent der Befragten noch Löhne von unter 18 Mk. pro Woche übrig hat, ist ein trauriges Armutszeugnis für ihr soziales Verständnis. Der höchste Durchschnittslohn ist mit 29,64 Mk. für Hamburg errechnet. Dann folgt Koburg-Gotha (!) mit 27,03 Mk. pro Woche, Mecklenburg-Schwerin (Dynamitfabrik) mit 25,80 Mk., Baden mit 25,14 Mk., Bayern (Ludwigshafen) mit 24,05 Mk., sowie Berlin, Schleswig-Holstein, Hannover, Hessen-Nassau, Rheinland, Lübeck und Elsaß-Lothringen mit dem am häufigsten vorkommenden Durchschnittssatze von 23—24 Mk. pro Woche. Die übrigen deutschen Bezirke stehen noch darunter; am tiefsten steht Sachsen-Altenburg mit 16,17 Mark Durchschnittswochenlohn. Und das sind Löhne organisierter Arbeiter bei regelmäßiger Arbeit! Wie mag es aber bei den unorganisierten und bei unregelmäßiger Beschäftigung mit dem „Einkommen“ chemischer Proletarier aussehen? Die Erhebung unsres Verbandes schreit nach wirksamer Hilfe für die Ausgebeuteten der chemischen Großindustrie!

Lohnschwankungen in der sächsischen chemischen Industrie.

Nach den Meldebüchern der Leipziger Ortskrankenkasse, bekanntlich der größten im ganzen Reiche, stellt das Reichsarbeitsblatt die Lohnhöhe und die Lohnschwankungen für chemische Arbeiter aus Juli, August und September d. J. fest. Die Zahl der chemischen Arbeiter im Leipziger Kassenbezirk war danach in jenem Vierteljahr zwischen Sommer und Herbst von 3641 auf 3691 Köpfe gestiegen. In die höchste Lohnklasse (4,51 Mk. und mehr) stellte die chemische Industrie nur 24 Prozent ihrer Arbeiter, während in den meisten andern Industrien 30 und 40 Prozent, in den Baugewerben sogar über 60 Prozent der Arbeiter so hoch stiegen. Je ein weiteres Viertel der Arbeiter entfiel auf die Lohnklassen von 4—4,50 Mk. und 3,51 bis 4 Mk., beinahe 20 Prozent auch noch auf die Hungerlohnklassen von 2,50—3,50 Mk. Doch sind dies Erscheinungen, die wir seit langem kannten. Unsre Verbandsstatistik hat sie zudem durchaus bestätigt. Neu sind dagegen die Lohnschwankungen, die mit großer Genauigkeit konstatiert werden. Es befanden sich von den männlichen chemischen Arbeitern in der oben erwähnten höchsten Lohnklasse (Pflichtmitglieder, die freiwilligen hatten höhere Prozentsätze):

1909	
am 31. Juli	24,1 Prozent
am 31. August	24,7 „
am 30. Sept.	24,6 „

Das würde bedeuten, daß allmählich kleine Bruchteile der chemischen Arbeiterschaft mehr binnen drei Monaten in die Höhe gerückt wären. Aehnlich bei der dritten Lohnklasse (3,50—4 Mk.), wo sich die Beteiligung der männlichen Arbeiter von 23,7 auf 25 Prozent in derselben Frist hob. Dagegen zeigte die zweite Lohnklasse (4—4,50 Mk.) ein Zurückgehen der männlichen Pflichtmitglieder von 26,4 auf 25,4 Prozent in dem oben bezeichneten Vierteljahr. Noch schlimmer aber sah es bei den weiblichen chemischen Arbeitern aus. Zwar stieg der Anteil weiblicher Pflichtmitglieder in der untersten Lohnstufe der chemischen Industrie von 26,5 auf 27,5 Prozent. Aber hier handelt es sich um den niedrigen Verdienst von 1,50 bis 2 Mk. In den nächsthöheren Lohnklassen sank die Zahl der beteiligten Arbeiterinnen der chemischen Industrie bei dem Lohn von 2 bis 2,50 Mk. von 19,2 auf 18,4 Prozent, und bei dem Lohn von 2,50 bis 3,25 Mk. von 26 auf 25,7 Prozent. Frauenarbeit bei so trauriger und anscheinend immer trauriger werdender Bezahlung ist in der gesundheitsgefährlichen chemischen und Fettindustrie ein Uebel, das je eher, desto lieber ausgemerzt werden müßte, und das natürlich auch das Aufsteigen der Männerlöhne beeinträchtigt. Im ganzen aber bemerkt man, wie außerordentlich gering die Aufwärtsbewegung der chemischen Löhne selbst bei steigender Arbeitereinstellung und bei steigenden Lebensmittelpreisen ist. Wo die Organisation nicht kräftig nachhilft, gewährt das Kapital allein den Proletariern selbst in diesen Ausnahmeteuerungszeiten keine namhaften Aufbesserungen!

Die Vermehrung des Aufsichtspersonals in den chemischen Fabriken.

Die Klagen unsrer Kollegen aller Bezirke über die Zunahme der Aufseher- und Kontrollpersonen in den großen Fabriken werden durch die Berufszählung vom 5. Juni 1907 vollkommen bestätigt. Man zählte amtlich 24 073 Köpfe an Verwaltungs-, Aufsichts- und Bureaupersonal auf 122 115 Arbeiter in der eigentlichen chemischen Industrie. Also im Durchschnitt ein Vorgesetzter auf je 5 Arbeiter. In einzelnen Branchen war das Verhältnis aber noch schlimmer. In der pharmazeutischen Industrie z. B. kamen 14 336 Verwaltungs-, Aufsichts- und Bureaupersonen auf 58 910 Arbeiter, also schon ein Aufseher bezw. Vorgesetzter auf 4 Arbeiter! Gegen die letzte Berufszählung von 1895 haben diese für die Arbeiter meist, mit löblichen Ausnahmen wenig angenehmen Mittelspersonen folgendermaßen zugenommen (auf 1000 Erwerbstätige in der chemischen Industrie):

	1895	1907
technisch gebildete Beamte	36,2	40,7
Aufsichtspersonal	21,0	27,2
Bureaupersonal	44,9	83,7
Insgesamt	101,9	151,9

Das ist ein gewaltiges Anschwellen in 12 Jahren, und alle diese Mittelspersonen drücken mit ihrem anschwellenden Gewicht und ihrer

zunehmenden Zahl auf die Arbeiter, in deren Mißhandlung sie wetteifern, um dem Unternehmer wohlgefällig zu sein und sich gegenseitig auszustechen. Deshalb sind sie auch für die Arbeiterorganisation kaum zu gewinnen. Ihre Interessen sind gänzlich andre.

Die Erneuerung der Brom-Konvention.

Seit 1875 schon besteht eine deutsche Unternehmervereinigung zur Hochhaltung der Preise für Brom, die seit 1892 mit englischen und amerikanischen Konkurrenten um so leichter Abmachungen treffen konnte, als sich Brom nur an wenigen Stellen auf der Erde findet, so wichtig es für die Arzneimittel- und Teerfarbenherstellung ist (in Staßfurt bei den Kalilagern, in Amerika in Virginien und Ohio). Zwei Drittel der Gesamterzeugung von Brom fallen auf Deutschland, nur ein Drittel auf das Ausland. Die Grundlage der deutschen Konvention ist die, daß von den Fabriken, welche Kalisalze verarbeiten, der eine Teil nur Chlormagnesium, der andre Teil nur Brom herstellen darf. So kommen sich die Unternehmer niemals gegenseitig ins Gehege, im Gegenteil, sie gewähren sich Hilfe und Entschädigung. Erst in der Nummer des „Proletariers" vom 30. Oktober dieses Jahres haben wir über diese gegenseitige Profitversicherung berichtet. Danach mußten die Chlormagnesium-Fabrikanten ihren Kollegen von der Brombranche für gesunkene Brompreise Aufzahlungen leisten. Am 6. November d. J. war aber die Brom-Konvention abgelaufen. Wurde sie nicht erneuert, so konnte jede Fabrik vom 1. Januar 1910 ab frei zu beliebigen Preisen verkaufen. Am 4. November wurde nun auf einer Magdeburger Versammlung der Bromfabrikanten die Profitvereinigung auf drei Jahre erneuert, trotz gewisser Schwierigkeiten, welche ein großes Werk deshalb machte, weil es das Recht erhalten wollte, die Erzeugungsanteile, die ein Werk auf das andre übertragen kann, drei Monate früher ausnutzen zu dürfen, als es bisher (ein Jahr Karenzzeit) vereinbart war. Man sieht, daß auch innerhalb dieses Kartells der Kampf der Großen gegen die Kleineren um besondere Profitvorteile seinen Fortgang nimmt. Es scheint, daß man diesen Gefräßigen aber irgendwie beschwichtigt oder abgefunden hat, und so soll nun der neue Vertrag demnächst von allen Beteiligten unterzeichnet werden. Jedenfalls haben sich alle Bromfabrikanten verpflichtet, bis zum 30. November keinerlei Geschäft in Brom zu machen.

Unternehmerdiplomatie und Gewerbestatistik.

Etwas reichlich spät, erst in ihrer Nummer vom 1. November d. J., teilt die „Chemische Industrie", das Blatt unsrer Unternehmer, ihren kapitalistischen Lesern die Ergebnisse der Berufs- und Gewerbezählung von 1907 mit Bezug auf die chemische Industrie Deutschlands mit. Unsre Leser kennen sie seit Monaten. Noch bemerkenswerter an der Mitteilung aber ist, wie sie sich um die für die Erhaltung der kapitalistischen Ausbeutungsformen so wichtige Tatsache herumwindet, daß gerade in der chemischen Industrie die Größten immer die Großen und Kleineren auffressen, und daß sich schließlich nur ganz wenige überreiche Unternehmer und eine Unmasse ausgebeuteter Angestellter und Arbeiter gegenüberstehen werden. Das Unternehmerblatt meint mit einer sonst an ihm nicht auffallenden Schüchternheit, die Zahlen „deuten darauf hin, daß der Aufschwung der chemischen Industrie sich weniger in dem Kleinbetrieb, als in dem Großbetrieb vollzogen hat". Schließlich wird ohne Vorbehalt festgestellt, daß „in der Tat der Großbetrieb die Betriebsform ist, in der die Entfaltung sich vollzogen hat", und gewissermaßen zur Milderung des Urteils über diese soziale Revolution wird damit geschlossen, daß es heißt, nur sie mache es „erklärlich, daß Deutschland seine durch den hohen Stand der chemischen Industrie errungene Vorherrschaft auf diesem Gebiete industrieller Tätigkeit nicht nur zu behaupten, sondern noch weiter auszudehnen in der Lage war". Es ist sehr vorsichtig, daß das Unternehmerblatt immer nur von der Betriebsform spricht, die eine gewisse industrielle Ueberlegenheit gibt. Das ist natürlich richtig. Länder mit hochentwickelten Großbetrieben werden solchen mit schwach entwickelten Mittel- oder Kleinbetrieben immer überlegen sein. Aber damit ist gewissermaßen nur die auswärtige Politik der gewerblichen Entfaltung berührt. In der innern sozialen Entwicklung eines Landes dagegen bedeutet das Anwachsen der Großbetriebe vor allem kolossales Anwachsen privaten Industrieeigentums, die ungeheure Bereicherung einer immer kleineren Zahl von Volksgenossen und die immer heftigere Ausbeutung einer immer größeren Zahl besitzloser Volksgenossen durch die erstgenannte Gruppe. Wir kennen diese Zustände zur Genüge im einzelnen aus der deutschen chemischen Industrie. Sie treiben zu sozial unhaltbaren Verhältnissen. Und eben deshalb windet sich das Unternehmerblatt so vorsichtig um diese Seite der Sache herum. Als Zugeständnis dafür, daß ihm die Entwicklung ebenfalls sehr gefährlich erscheinen muß, sei dieses Verhalten hiermit verzeichnet. Die Herren wissen auch sehr gut, daß es so unmöglich weitergehen kann!

× **Ein Farbwerkskönig.** Aus Bischofsheim bei Hanau wird der „Frankfurter Volksstimme" geschrieben: Um wieviel zu lang immer noch die Dienstzeit der Soldaten ist, das ist der hiesigen Bevölkerung dieser Tage wieder ad oculos demonstriert worden. Direktor Hofmann, der Allmächtige der Fechenheimer Farbwerke, veranstaltet seit einigen Tagen im Wald und auf dem Feld zwischen der Station Mainkur und Bischofsheim ein großes Treibjagen, zu dem er wie ein souveräner Gebieter den ganzen Polizeiapparat der Umgegend aufgeboten hat. Der Gendarm und zwei Polizeidiener von Bischofsheim sind fast den ganzen Tag über auf dem Felde, da werden widerrechtlich Feldwege abgesperrt, angeblich, damit den Bauern kein Schaden zugefügt werde usw. Alle Reklamationen der dadurch in ihrer Feldarbeit verhinderten Bauern blieben erfolglos. Aber das Schönste kommt noch: Während in den letzten Tagen die Zahl der Arbeitslosen ständig zunimmt, hat sich der Direktor Hofmann in den letzten Tagen etwa 40 Hanauer Ulanen kommen lassen, die er zu Treiberdiensten verwendet und selbstverständlich auch viel geringer bezahlt, als die früher verwendeten Treiber. Und daß die uniformierten Treiber sich viel länger an einem Tage verwenden lassen, dafür ist wohl durch den Umstand gesorgt, daß ein Leutnant der Hanauer Ulanen bei diesem sonderbaren „Kommando" dabei ist, ein Schwiegersohn des Direktors Hofmann. Die sozialdemokratische Fraktion wird wohl im Reichstage dafür Sorge tragen, daß sich der Kriegsminister über diese eigenartige Verwendung der Hanauer Soldaten äußern kann.

Aus der Zement- und Ziegelindustrie.

Die Ziegeleimaschinen und ihre Wirkung auf die Arbeitsverhältnisse.

I.

Die fortschreitende Ziegeleitechnik wird von den Ziegeleiarbeitern allgemein mit gemischten Gefühlen beobachtet, von ihrem Standpunkt mit einigem Recht. Sie fühlen instinktiv, wie die Maschinen, ihre eisernen Kollegen, die sich immer mehr vordrängen, ihre Existenz bedrohen, ihre Arbeitskraft immer mehr überflüssig machen. Vorbei ist die Zeit, wo Besitzer oder Meister um einen geübten Ziegler buhlten, wo sie sich gegenseitig die Arbeiter abspenstig machten, wo die Ziegelmeister die Herbergen belagerten, um die notwendigsten Arbeitskräfte aufzutreiben. Die Maschine hat auch hier ihren Siegeslauf begonnen und die Handarbeit mit wenig Ausnahmen verdrängt. Die Wahrzeichen wirtschaftlicher Rückständigkeit, die Streichtische, Holzformen, Schacht- und Feldbrandöfen sind schon in vielen Gegenden in Vergessenheit geraten, und Tonschneider, Schwebe- und Gleisbahnen, Aufzüge, Transportbänder und Elevatoren, Kollergänge, Walzwerke und Pressen, Trockenöfen und -Anlagen, Doppelringöfen und Gasöfen, die Zeichen des Fortschritts, aber auch die Zeichen des Kapitals, sind an ihre Stelle getreten. Das Bestreben, die Produktion von der menschlichen Arbeitskraft möglichst unabhängig zu machen und mit einem geringen Aufwand von Kraft und Kosten den größtmöglichsten Erfolg zu erzielen, hat gesiegt. Drinnen in der modernen Ziegelfabrik stampfen rastlos die Maschinen und draußen stehen die Arbeiter und bieten ihre Arbeitskraft feil, lassen sich die Füße wund, um einen Ausbeuter für ihre Arbeitskraft zu finden. Die Maschine verdrängt einen erheblichen Teil der Arbeiter, treibt die übrigen zu fieberhafter Tätigkeit an, ersetzt die qualifizierten Arbeiter, ermöglicht die Beschäftigung billiger Arbeitskräfte und macht den Ziegeleiunternehmer unabhängiger. Ein Vergleich zwischen Hand- und Maschinenarbeit bestätigt das.

Vor etwa einem halben Jahrhundert betrug die Leistung eines Ziegelstreichers mit Hilfe von zwei Jungen zum Herbeischaffen des Lehms und zum Abtragen der Formlinge (ein Tisch) durchschnittlich 150—200 Ziegelsteine pro Stunde. Zur Herrstellung von 450 000—600 000 Ziegelsteinen gebrauchten mithin zwei Tische 1500 Stunden, das sind bei täglich zwölfstündiger Arbeitszeit (die Zeit zur Vorbereitung des Lehms ist hier nicht mit einbegriffen) rund 21 Wochen, also eine Kampagne. Durch die Einführung der Ziegelpressen mit Göpelantrieb in den sechziger Jahren wurde die Leistung derselben Personen verdoppelt, es konnten nun von drei Personen 300—400 Steine stündlich hergestellt werden. Zur Anfertigung der obengenannten Anzahl Ziegelsteine hatte also der Ziegeleibesitzer nunmehr nur noch die Mannschaft eines Tisches notwendig, die des zweiten Tisches war überflüssig geworden. Die stete Verbesserung der Maschinen zeitigte natürlich auch eine immer gewaltigere Steigerung der Produktion, so daß schon im Jahre 1900 mittels Dampfziegelpresse und Walzwerk, deren Bedienung durchschnittlich vier Personen erfordert, pro Stunde 3000—4000 Vollziegel hergestellt wurden. Wollte man dieselbe Anzahl in derselben Zeit durch den Handstrich nach der oben angeführten Methode anfertigen, so wären 60 Personen oder 20 Tische dazu notwendig. Da aber vier Personen genügen, so werden durch die Maschinen 56 Personen weniger beschäftigt.

Ein andres Bild. Im Herzogtum Oldenburg betrug im Jahre 1855 die Produktion an Ziegelsteinen, Klinkern und Röhren 34 955 000 Stück. Beschäftigt wurden 1218 Personen. Mithin betrug die Produktion pro Person 28 700 Stück. Nach dem Einzug der Maschinen stieg die Produktion im Jahre 1875 auf 80 753 000 Stück. Die Zahl der Beschäftigten aber stieg nur auf 1534, so daß die auf jede Person entfallende Stückzahl schon 52 642 betrug, sich also beinahe verdoppelte. Bis zum Jahre 1882 stieg die Zahl der jährlich hergestellten Ziegel weiter auf 96 634 000, die der beschäftigten Personen aber ging auf 1183 zurück. Mithin kamen auf jede Person 81 700 Stück. Im Laufe dieser 27 Jahre, in der sich das Zieglerhandwerk zur Ziegelindustrie entwickelte, stieg also die Produktion um 176 Prozent, die Zahl der Beschäftigten dagegen verminderte sich noch um 2,8 Prozent, das ergibt eine Steigerung der Leistungsfähigkeit eines jeden Arbeiters um 184 Prozent. Wäre die Zahl der Arbeiter in gleicher Weise wie die Produktion gestiegen, so hätten im Jahre 1882 anstatt 1183 Personen 3366 Personen Beschäftigung gefunden. 2183 Personen wurden also durch die Maschinen ersetzt.

Eine relative Abnahme der in der Ziegelindustrie tätigen Personen gegenüber der Produktion läßt sich auch für das gesamte Deutsche Reich nachweisen. Nach den Gewerbezählungen von 1882 bis 1895, also innerhalb 13 Jahren, beträgt die Zunahme der in der Ziegelindustrie Erwerbstätigen 60 Prozent. Die Menge der produzierten Ziegelsteine betrug im Jahre 1884 ungefähr 3 Milliarden, 1896 dagegen schon 10 Milliarden. Das ist in einem Zeitraum von 12 Jahren eine Zunahme von 233 Prozent. Die Produktion hat demgemäß beinahe viermal stärker zugenommen, als die Zahl der bei ihrer Erzeugung beschäftigten Personen.

Die Verdrängung der menschlichen Arbeitskraft geschieht hauptsächlich durch die Pressen, Walzwerke und maschinellen Transportmittel. Maschinen zur Gewinnung des Rohmaterials konnten bisher durch ihre Kostspieligkeit nur von großen Betrieben mit ununterbrochener und sehr umfangreicher Materialförderung verwendet werden. Wo solche aber Anwendung finden, vermögen sie auch eine enorme Anzahl Arbeiter zu ersparen. So wurden in einem größeren Ziegelwerk der Pfalz in den 90er Jahren zum Abräumen einer bis zu elf Meter hohen Sandschicht über dem Tonlager und zur Gewinnung des Rohmaterials 150 Mann beschäftigt. Durch Anschaffung von zwei elektrischen Baggern und einem Transportband, das den Sand hinwegschafft, konnte die Anzahl der Grubenarbeiter auf 25 Mann reduziert werden. Noch größer war die Arbeitersparnis in einer der größten Ziegeleien Süddeutschlands. Zur Beseitigung einer 6 bis 7 Meter hohen Sandschicht, zur Gewinnung und zum Transport des Tons waren 200 Mann notwendig. Nach der Einführung zweier Bagger und eines 40 Meter langen Transportbandes wurden davon 180 Mann entbehrlich. Gleichzeitig stieg die tägliche Leistung von 114 Kubikmetern auf 225 Kubikmeter. Mit Hilfe der Maschinen leisteten also 20 Mann noch einmal soviel wie früher 200 Mann, so daß sich der Preis eines Kubikmeters gewonnenen Tons von 3 Mark auf 1,33 Mark reduzierte.

Als besonders arbeitsparend ist die in Rheinland-Westfalen übliche Fabrikationsmethode der Trockenpressung zu bezeichnen. Der über den Steinkohlen lagernde trockene Tonschiefer wird nicht mehr wie früher als unbrauchbarer Abraum betrachtet, sondern von den Kohlenzechen in ihren Zechenziegeleien zu Ziegelsteinen verarbeitet. Der zutage geförderte Tonschiefer wandert zunächst in ein Brechwerk, von da zur Anfeuchtung nach einer Schnecke und dann in die Trockenpresse. Infolge der einfachen Produktionsweise ist es möglich, mit 12—14 Mann 4¼—5 Millionen Steine fertigzustellen. Der geringe Wassergehalt der Formlinge bedeutet ein gewaltige Förderung des Trockenprozesses, so daß die Zechenziegeleien ihren Betrieb meistens auch den Winter über aufrecht erhalten können.

Ziegeleien ohne jede maschinelle Anlage sind heute nur noch vereinzelt anzutreffen. In Gebirgsgegenden, wo das Baumaterial vorwiegend aus Bruchsteinen besteht, haben sich noch einige „Ziegelhütten" mit ihrer großväterlichen Produktionsweise erhalten. Dort finden wir die Ziegelei noch als Stätte des Kleinhandwerks, ein „Geselle" und ein Abtragejunge bilden das Arbeitspersonal. Oft ist auch der Besitzer, Meister und Geselle in einer Person vereinigt. Der Geselle ist Sümpfer, Streicher, Setzer und Brenner. Zum Ein- und Austragen der Ziegel in den und aus dem Ofen werden in der Regel eine Anzahl Schulkinder herangezogen. — Zu den von dem Fortschritt noch unbehelligten Betrieben gehören auch die Feldbrandziegeleien, die heute fast nur noch am Niederrhein zu finden sind. Hier wird diese rückständige Fabrikationsform hauptsächlich von den Wallonen und Holländern durch das Festhalten an ihrer alten Tradition noch aufrechterhalten. Außerdem werden Feldbrandziegeleien noch dort errichtet, wo es sich um die Ausbeute eines nur geringen Tonlagers handelt. — In den übrigen Handstrichziegeleien hat sich die Maschine oder maschinelle Einrichtung schon mehr oder weniger eingebürgert. Die Zubereitung des Rohmaterials geschieht durch Tonschneider mit Göpel- und Dampfbetrieb, und auch das Aufkarren wird zum Teil durch fahrbare Streichtische ersetzt. Ebenso wird das Ein- und Auskarren der Ziegel in den und aus dem Ofen durch Gleisbahnen vereinfacht. Also auch hier ist das Bestreben vorhanden, die „menschlichen Maschinen" durch eiserne zu ersetzen. Wo die Handarbeit noch weniger durch die Technik verdrängt wurde, liegt es wesentlich an den billigen und willigen Arbeitskräften, die den Maschinen mit Erfolg Konkurrenz machen. Sogar das Lehmgraben, das seither nur mit Spaten und Schaufel bewerkstelligt wurde, geschieht nunmehr, um Arbeitskräfte zu ersparen, durch Sprengmittel — Pulver, Dynamit und Roburit — bei Anwendung elektrischer Zündung.

Der gewaltige Fortschritt der Ziegeleitechnik hat bewirkt, daß heute vier Fünftel der gesamten Ziegelproduktion durch die Maschinen hergestellt werden. Wenn diese Tatsache eine absolute Verminderung der in der Ziegelindustrie beschäftigten Personen noch nicht herbeiführte, so ist das nur der ungeheuren wirtschaftlichen Gesamtentwicklung zu verdanken. Steigerte sich doch der Verbrauch an Ziegelsteinen der Stadt Berlin mit Vororten von 400 Millionen im Jahr 1860 auf 2000 Millionen im Jahr 1904. Es besteht jedoch keine Garantie, daß diese Entwicklung auch in Zukunft anhält. Geringerer Verbrauch von Baumaterial bedingt aber eine Einschränkung der Produktion und damit eine Minderbeschäftigung von Arbeitskräften. Die Ziegeleibesitzer werden auch unter diesen Verhältnissen ihren Profit hochzuhalten suchen und durch sie zu allerlei arbeitsparenden Methoden angereizt werden. Verbesserung der Maschinen, Vervollkommnung aller maschinellen Einrichtungen, also Vermehrung der t e c h n i s c h e n und weitere Einschränkung der m e n s c h l i c h e n Arbeitskraft wird die Folge sein. Das wären die Schattenseiten des technischen Fortschritts für die Ziegeleiarbeiter; in einem weiteren Artikel werden wir die Lichtseiten behandeln.

= **Rotthausen.** Der Zementfabrik- und Ziegeleibesitzer Herr Ostermann steht nicht in dem Rufe eines besonders noblen Arbeitgebers, dagegen weiß jedes Kind von hier von der Frömmigkeit dieses christlichen Herrn zu erzählen. Wie Herr Ostermann christliche Nächstenliebe übt und wie seine Arbeiterfreundlichkeit aussieht, beweist folgender Fall zur Evidenz: Die Arbeiter der Zementfabrik sind in beiden Lohnsystemen, bald in Akkord, dann wieder in Stundenlohn, beschäftigt. Vor längerer Zeit haben nun die Arbeiter eine Aufbesserung der Stundenlöhne (die Akkordlöhne waren nach Ansicht des Herrn Ostermann und dessen Betriebsführers hoch genug) dadurch erfahren, indem sie um 3 Pfg. erhöht wurden. Eine solche Aufbesserung der Löhne, gerade in einer Zeit der allgemeinen Krise wäre an und für sich mit Freuden zu begrüßen, und ein Teil der Arbeiter, welche von Ostermanns Frömmigkeit überzeugt, setzten diese Arbeiterfreundlichkeit auf das Konto: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst." Bald sollte jedoch dieser Weihrauch aus dem Ostermannschen Hexenkessel zu fliegen. Am ersten Lohntage nach der A u f b e s s e r u n g wurde den Arbeitern erklärt, daß die 3-Pfennig-Stunden-Zulage j e d e m A r b e i t e r g e s p a r t werden sollte. W e r k ü n d i g e o d e r w e r d e r F i r m a A n l a ß z u r K ü n d i g u n g g e b e, g e h e d i e s e s S p a r g e l d e s v e r l u s t i g. Als sich dieser Bekanntmachung nach kürzerer Zeit auch noch die Entlassung einer größeren Anzahl Arbeiter anschloß, da wurden sich die Beschäftigten über das e i n e klar, daß christliche Nächstenliebe anders geübt werden müßte, wie es der christliche Herr Ostermann tut.

Die Arbeiter werden aber auch die Nutzanwendung aus dieser Erkenntnis ziehen müssen, wenn ihnen geholfen werden soll. Sie müssen sich einer starken Organisation, dem Fabrikarbeiterverbande, anschließen, dann sind sie nicht mehr auf das „gute Herz" der Unternehmer angewiesen, sondern können sich einen angemessenen Lohn aus eigener Kraft erringen.

= **Zwickau.** W i n t e r l ö h n e d e r Z w i c k a u e r Z i e g e l w e r k e v o n A l b i n S i e b e r. Unter dem Einfluß der Krise hatte der Ziegelmeister Krause der genannten Ziegelei am 1. Januar die Stundenlöhne von 37 auf 35 Pf. reduziert, ebenso die Akkordlöhne um ca. 5 Prozent herabgesetzt. Als zu Ostern der Betrieb wieder aufgenommen wurde, weigerten sich die Kollegen, zu den reduzierten Löhnen weiterzuarbeiten. Sie wurden bei dem Meister vorstellig, der sie an den Besitzer Sieber verwies. Herr Sieber lehnte aber den Empfang seiner Arbeitsbienen ab. Die Arbeiter legten nun die Arbeit nieder, worauf ihnen mitgeteilt wurde, sich mit dem Ziegelsyndikat in Verbindung zu setzen. Durch die gepflogenen Verhandlungen wurden die alten Löhne wieder eingeführt, womit also die Lohnkürzung für die Kampagne abgelehnt war. Am 11. November erfolgte Schluß der Kampagne und am 13. November machte Meister Krause bei der Lohnzahlung bekannt, daß nun der Stundenlohn nur noch 35 Pf. betrage. Der Meister fühlt sich also stark, sobald der Winter naht. Eine Begründung der Lohnkürzung läßt Herr Krause begreiflicherweise fehlen. Er will eben nur die Arbeiter seine Macht fühlen lassen, und da er es im Sommer nicht kann, so tut er es im Winter doppelt. Was würde er aber sagen, wenn er im Winter monatlich 20 Mk. weniger Gehalt bekäme? Jedenfalls würde auch er, und zwar mit Recht, betonen, daß die Lebenshaltung im Winter doch erheblich teurer ist, als im Sommer; das gilt aber auch für die Arbeiter. Er wird doch nicht annehmen, daß die Arbeiter mit 21 Mk. Sommerlohn noch Ersparnisse für den Winter machen können. Wenn die Arbeiter im nächsten Frühjahr den Spieß umdrehen, dann mag Meister Krause und auch Herr Sieber sich daran erinnern, daß es eine notwendige Vergeltung ist, deren Triebfeder allerdings nicht in dem Machtkitzel, sondern in der sehr notwendigen Verbesserung der Existenz der Arbeiter liegt. Mögen die Kollegen bis dahin Sorge tragen, daß die Vergeltung eine kräftige wird.